



# **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht**

**PRÜFUNGSBERICHT**

DNV SE  
Hamburg

**KPMG AG**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Prüfungsauftrag</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Wiedergabe des Bestätigungsvermerks</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>6</b>
3.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	6
3.2	Verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses	7
<b>4</b>	<b>Durchführung der Prüfung</b>	<b>8</b>
4.1	Gegenstand der Prüfung	8
4.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	9
<b>5</b>	<b>Feststellungen zur Rechnungslegung</b>	<b>11</b>
5.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	11
5.2	Jahresabschluss	11
5.3	Lagebericht	11
<b>6</b>	<b>Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses</b>	<b>12</b>
6.1	Erläuterungen zur Gesamtaussage	12
6.2	Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
<b>7</b>	<b>Schlussbemerkungen</b>	<b>15</b>

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

# Anlagenverzeichnis

---

<b>Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht</b>	<b>1</b>
Bilanz zum 31. Dezember 2024	1.1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	1.2
Anhang für 2024	1.3
Lagebericht für 2024	1.4

---

<b>Gesellschaftsrechtliche Grundlagen</b>	<b>2</b>
---	----------

---

<b>Allgemeine Auftragsbedingungen</b>	<b>3</b>
---------------------------------------	----------

---

An die DNV SE, Hamburg

# 1 Prüfungsauftrag

In der Hauptversammlung am 28. Juni 2024 der

**DNV SE, Hamburg,**

– im Folgenden auch kurz „DNV SE“ oder „Gesellschaft“ genannt –

sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt worden. Der Aufsichtsrat hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Gemäß § 313 AktG haben wir ebenfalls den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Unser Bericht über diese Prüfung datiert vom 11. Juni 2025.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 3 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 zugrunde. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

## 2 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:



### Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DNV SE, Hamburg

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DNV SE, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DNV SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 3.4 des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt 3.4 des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 13. Juni 2025

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Rienecker  
Wirtschaftsprüferin

gez. Sicha-Schröder  
Wirtschaftsprüferin



# 3 Grundsätzliche Feststellungen

## 3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Folgende Kernaussagen des Lageberichts sind aus unserer Sicht hervorzuheben:

- Die Gesamtleistung inklusive der sonstigen betrieblichen Erträge der DNV SE erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2023 um 2,9 % auf EUR 178,9 Mio (i. Vj. EUR 173,8 Mio). Die Umsatzerlöse entwickelten sich mit EUR 177,5 Mio auf dem Niveau des Vorjahres (i. Vj. EUR 177,6 Mio). Einer Umsatzerlösreduzierung durch den Abgang einer Betriebsstätte im Vorjahr stand eine Umsatzerlösreduzierung durch die Ausweisänderung von Umlagen aus Technical Service Agreement (TSA) im Berichtsjahr gegenüber.
- Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit als Differenz zwischen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen zuzüglich des Beteiligungsergebnisses und des Finanzergebnisses, jedoch vor Steuern, lag im Berichtsjahr deutlich mit EUR 67,2 Mio über dem Vorjahr mit EUR -25,2 Mio. Dies resultiert zum einen aus einem mit EUR 73,4 Mio deutlich höheren Beteiligungsergebnis (im Wesentlichen Anstieg der Dividenden der Tochterunternehmen um EUR 19,8 Mio, Erhöhung der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen um EUR 23,6 Mio sowie sinkende Aufwendungen aus Verlustübernahme um EUR 27,9 Mio) und zum anderen aus einem höheren Finanzergebnis um EUR 14,7 Mio, im Wesentlichen aufgrund um EUR 9,5 Mio geringerer Abschreibungen auf Finanzanlagen.
- Aus den oben beschriebenen Effekten und den Aufwendungen aus Ertragsteuern und sonstigen Steuern ergibt sich ein Anstieg des Jahresergebnisses von EUR -24,5 Mio um EUR 84,5 Mio auf EUR 60,0 Mio. Auch das positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Sondereffekten) mit EUR 10,9 Mio liegt oberhalb der Erwartungen, im Wesentlichen aufgrund von Verbesserungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit EUR 4,0 Mio.
- Risiken der künftigen Entwicklung sehen die gesetzlichen Vertreter insbesondere durch externe Einflüsse, das Marktumfeld, aber auch operative Risiken, die aus Kern- und Unterstützungsprozessen resultieren können. Die aktuelle weltweite Unsicherheit im Hinblick auf den Russland-Ukraine Krieg birgt nach Einschätzung der gesetzlichen Vertreter auch weiterhin schwer zu quantifizierende moderate bis hohe Risiken im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Situation. Die Situation wird von den gesetzlichen Vertretern angabegemäß fortlaufend analysiert, um entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Belegschaft, der Kunden und der Gesellschaft einleiten zu können.
- Die größten Risiken der künftigen Entwicklung bestehen nach Einschätzung der gesetzlichen Vertreter in möglichen Verstößen gegen Compliance-Vorschriften und Verstößen gegen anwendbares Recht sowie dem Verlust von Know-how durch Mitarbeiterfluktuation. Die Gesellschaft begegnet dem Fluktuationsrisiko angabegemäß durch die Bindung von Fach- und Führungskräften mit Fach- und Förderprogrammen, leistungsorientierten Vergütungssystemen und internationalen Entwicklungsperspektiven.
- Chancen der künftigen Entwicklung ergeben sich nach Ansicht der gesetzlichen Vertreter vor allem darin, die Marktentwicklung in der maritimen Industrie mit der eigenen Expertise und einem breiten Portfolio an Schiffstypen proaktiv zu gestalten. Zudem ist es der DNV Gruppe nach Einschätzung der gesetzlichen Vertreter gelungen, ihre Führungsrolle im Bereich der Digitalisierung zu verfestigen und Kundenbindung und Reputation noch weiter zu verbessern. Drone Surveys, Electronic Certifications oder Smart Survey Bookings sind nur

einige Innovationen, aufgrund derer die Gruppe Wettbewerbsvorteile sieht und somit Chancen, zusätzliches Ertragspotenzial zu generieren.

- Die gesetzlichen Vertreter erwarten für das Geschäftsjahr 2025 weiterhin ein schwieriges Umfeld, das von den Unsicherheiten aufgrund des Russland-Ukraine Kriegs sowie politischer Einflüsse geprägt ist. Auch sind die gesetzlichen Vertreter davon überzeugt, dass sich die positiven Sondereffekte aus den Finanzanlagen das Jahresergebnis 2024 nicht wiederholen werden. Insgesamt wird für 2025 eine Gesamtleistung auf dem Niveau von 2024 sowie ein leicht positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (laut veränderter Definition ist dies die Differenz zwischen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen, jedoch vor Abschreibungen, Finanz- und Beteiligungsergebnis und Steuern) erwartet. Laut neuer Definition beträgt dieser Wert für das Geschäftsjahr 2024 EUR 26,3 Mio.

Wir stellen aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse fest, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. In allen wesentlichen Belangen steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Zu den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage 2.

## **3.2 Verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses**

Entgegen der Verpflichtung des § 264 Abs. 1 HGB hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2024 nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres aufgestellt.

# 4 Durchführung der Prüfung

## 4.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DNV SE für das zum 31. Dezember 2024 endende Geschäftsjahr geprüft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich eine Abschlussprüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand der Gesellschaft oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Der Inhalt der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die im Lagebericht enthalten ist, ist gemäß § 317 Abs. 2 Satz 6 HGB nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung. Im Rahmen der Prüfung ist lediglich festzustellen, ob die Angaben nach § 289f Abs. 2 Nr. 4 HGB gemacht wurden.

Wie im Bestätigungsvermerk dargestellt, erstrecken sich unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

## 4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Die Grundzüge unseres prüferischen Vorgehens haben wir bereits im Abschnitt „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks“ (vgl. Abschnitt 2 in diesem Bericht) dargestellt. Zusätzlich geben wir folgende Informationen zu unserem Prüfungsansatz und unserer Prüfungsdurchführung:

### Phase I: Entwicklung einer an den Geschäftsrisiken ausgerichteten Prüfungsstrategie

Erlangung von Geschäftsverständnis und Kenntnis der Rechnungslegungssysteme sowie der internen Kontrollen

Festlegung von Prüfungsschwerpunkten auf Basis unserer Risikoeinschätzung:

- Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen
- Bestand und Genauigkeit der unfertigen Leistungen und der erhaltenen Anzahlungen
- Bestand und Genauigkeit der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Bestand, Genauigkeit und Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse mit konzernfremden Unternehmen
- Vollständigkeit und Genauigkeit des Materialaufwands
- Vollständigkeit und Genauigkeit des Personalaufwands
- Vollständigkeit, Existenz und Genauigkeit der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie der latenten Steuern

Festlegung der Prüfungsstrategie und des zeitlichen Ablaufs der Prüfung

Auswahl des Prüfungsteams und Planung des Einsatzes von Spezialisten

### Phase II: Auswahl und Durchführung kontrollbasierter Prüfungshandlungen

Auswahl kontrollbasierter Prüfungshandlungen aufgrund von Risikoeinschätzung und Kenntnis der Geschäftsprozesse und Systeme

Beurteilung der Ausgestaltung sowie der Wirksamkeit der ausgewählten rechnungslegungsbezogenen Kontrollmaßnahmen

### Phase III: Einzelfallprüfungen und analytische Prüfungen von Abschlussposten

Durchführung analytischer Prüfungen von Abschlussposten

Einzelfallprüfungen in Stichproben und Beurteilung von Einzelsachverhalten unter Berücksichtigung der ausgeübten Bilanzierungswahlrechte und Ermessensspielräume, u. a.

- Einholen von Rechtsanwaltsbestätigungen und Bestätigungen der Kreditinstitute
- Nutzung der Ergebnisse aus dem versicherungsmathematischen Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen zur Prüfung der Pensionsrückstellungen
- Einholen von Saldenbestätigungen von Kunden in Stichproben im Wege einer repräsentativen Auswahl der Stichprobenelemente

Prüfung der Angaben im Anhang und Beurteilung des Lageberichts

## Phase IV: Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse und Berichterstattung

Bildung des Prüfungsurteils auf Basis der Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse

---

Berichterstattung in Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk

---

Detaillierte mündliche Erläuterungen der Prüfungsergebnisse gegenüber Management und Aufsichtsrat

---

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten Januar bis Juni 2025 bis zum 13. Juni 2025 durchgeführt. Eine Vorprüfung haben wir in den Monaten Oktober und November 2024 vorgenommen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

# 5 Feststellungen zur Rechnungslegung

## 5.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

## 5.2 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen der Gesellschaft entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die deutschen gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind in allen wesentlichen Belangen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist zu Recht erfolgt.

## 5.3 Lagebericht

Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften.

# 6 Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

## 6.1 Erläuterungen zur Gesamtaussage

Die angewendeten Bewertungsmethoden für die Posten des Jahresabschlusses entsprechen in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften. Sie sind im Anhang der Gesellschaft (vgl. Anlage 1.3 Abschnitt B.) beschrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie die Nutzung von Ermessensspielräumen haben bei folgenden Posten des Jahresabschlusses wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft:

### **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen**

Die Gesellschaft bewertet die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen (unter Beachtung von IDW RS HFA 10) mit ihren Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag. Die Ermittlung der beizulegenden Werte durch die DNV SE erfolgt auf Basis der für die zu bewertende Gesellschaft erstellten Planannahmen für die Geschäftsjahre 2025 bis 2029, die aus der konzernweiten Planung für den jeweiligen Geschäftszweig abgeleitet werden. Dabei wurde das Discounted-Cashflow-Verfahren unter Verwendung eines geschäftszweig- und länderspezifischen Diskontierungsfaktors angewendet. Die in die Planung einfließenden Daten basieren auf zahlreichen Annahmen, sodass die Ermittlung der beizulegenden Werte ermessensabhängig ist.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 weist die DNV SE Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 93,4 Mio (i. Vj. EUR 104,6 Mio) aus. Der Rückgang basiert im Wesentlichen auf der Abschreibung einer Finanzanlage in Höhe von EUR 8,5 Mio.

Bei Nichterreicherung insbesondere der Annahmen zum Umsatzwachstum sowie der Renditeerwartungen können sich erhebliche Risiken durch potenzielle Wertverluste der gehaltenen Anteile ergeben.

### **Aktive latente Steuern**

Zum 31. Dezember 2024 wurden auf Ebene der DNV SE als Organträgerin in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB und auf Basis der aktuellen Steuerplanung zum 31. Dezember 2024 keine aktiven latenten Steuern bilanziert.

## **6.2 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen Bewertungsgrundlagen sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.



# 7 Schlussbemerkungen

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 n.F. (10.2021) erstellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt 2 wiedergegeben.

Hamburg, den 13. Juni 2025

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rienecker  
Wirtschaftsprüferin

Sicha-Schröder  
Wirtschaftsprüferin



# Anlagen



# **Anlage 1**

## **Jahresabschluss**

### **zum 31. Dezember 2024**

#### **und Lagebericht**

**1.1 Bilanz**

**1.2 Gewinn- und Verlustrechnung**

**1.3 Anhang**

**1.4 Lagebericht**



# DNV SE, Hamburg

## Bilanz zum 31. Dezember 2024

### Aktiva

### Passiva

	31.12.2024		31.12.2023			31.12.2024		31.12.2023	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>					<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		3		53	I. Gezeichnetes Kapital	10.000		10.000	
II. Sachanlagen		2.840		3.013	II. Kapitalrücklage	47.544		17.544	
III. Finanzanlagen		262.354		188.461	III. Gewinnrücklagen	7.992		7.992	
		<b>265.197</b>		<b>191.527</b>	IV. Bilanzgewinn/-verlust	35.535		-24.509	
						<b>101.071</b>		<b>11.027</b>	
<b>B. Umlaufvermögen</b>					<b>B. Rückstellungen</b>	<b>261.616</b>		<b>264.867</b>	
I. Vorräte					<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>15.104</b>		<b>37.861</b>	
1. Unfertige Leistungen	10.597		10.841						
2. Abzüglich erhaltener Anzahlungen	0	10.597	-7.221	3.620					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		98.364		116.419					
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		3.281		2.119					
		<b>112.242</b>		<b>122.158</b>					
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>352</b>		<b>70</b>					
		<b>377.791</b>		<b>313.755</b>		<b>377.791</b>		<b>313.755</b>	



# DNV SE, Hamburg

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	2023
	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	177.498	177.602
2. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-244	-5.759
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.598	1.952
– davon Erträge aus der Währungsumrechnung TEUR 1.220 (i. Vj. TEUR 1.082) –		
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	28.505	20.223
5. Personalaufwand	82.709	84.454
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	772	2.447
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	41.376	45.470
– davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung TEUR 1.036 (i. Vj. TEUR 1.247) –		
8. Beteiligungsergebnis	45.169	-28.217
9. Finanzergebnis	-3.449	-18.198
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (i. Vj. Ertrag)	7.166	-728
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>60.044</b>	<b>-24.486</b>
12. Ertrag aus sonstigen Steuern	0	1
<b>13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>60.044</b>	<b>-24.485</b>
14. Verlustvortrag	-24.509	-24
<b>15. Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>35.535</b>	<b>-24.509</b>



## **DNV SE, Hamburg**

### **Anhang für 2024**

#### **A.) Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses**

##### **Allgemeine Grundlagen**

Der Jahresabschluss der DNV SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der aktienrechtlichen Vorschriften aufgestellt und wird in TEUR ausgewiesen. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

##### **Registerinformationen**

Sitz der Gesellschaft ist Hamburg. Die DNV SE ist unter der Nummer HRB 115442 im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg eingetragen.

#### **B.) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

##### **Währungsumrechnung**

Die auf Fremdwährung lautenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung (der ausländischen Betriebsstätten) werden grundsätzlich zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Davon-Vermerke zur Währungsumrechnung enthalten sowohl realisierte als auch nicht realisierte Währungskursdifferenzen.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung sind grundsätzlich mit dem Kurs des Entstehungstages bewertet. Bei einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr erfolgt am Abschlussstichtag eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt die Bewertung zum Devisenkassamittelkurs unter der Berücksichtigung des Imparitätsprinzips.

## Anlagevermögen

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten (vermindert um planmäßige Abschreibungen) bewertet und linear abgeschrieben. Außerplanmäßige Wertminderungen und Wertaufholungen werden berücksichtigt.

Entgeltlich erworbene **gewerbliche Schutzrechte und Lizenzen** werden mit ihren Anschaffungskosten einschließlich der Anschaffungsnebenkosten angesetzt und linear über die erwartete Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Der entgeltlich erworbene **Geschäfts- und Firmenwert** wird gemäß § 253 Abs. 3 HGB linear über eine Nutzungsdauer von 10 Jahren abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** wird grundsätzlich bewertet zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen sowie unter Berücksichtigung von Wertminderungen und Wertaufholungen.

Die **Anschaffungskosten** umfassen alle Gegenleistungen, die aufgebracht wurden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Die Herstellungskosten werden auf Basis von Einzelkosten sowie direkt zurechenbaren Gemeinkosten und Abschreibungen ermittelt.

Die **Abschreibungen** erfolgen linear über die erwartete Nutzungsdauer. Folgende Nutzungsdauern werden für die wesentlichen Gruppen des Sachanlagevermögens zu Grunde gelegt:

	<b>Jahre</b>
Immobilien	33
Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 bis 25

Die Angemessenheit der gewählten Abschreibungsmethoden, wirtschaftlichen Nutzungsdauern und der angenommenen Restwerte wird jährlich überprüft.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 800,00 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. als Aufwand erfasst worden; ihr sofortiger Abgang wurde unterstellt.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** sind zu Anschaffungskosten bewertet bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die direkten und mittelbaren Tochterunternehmen der DNV SE sind aus der Liste des Anteilsverzeichnisses ersichtlich.

**Ausleihungen** werden zum Nennwert angesetzt.

Für die Bewertung der Rückdeckungsversicherung kommt der IDW RH FAB 1.021 unter Umsetzung des Deckungskapitalverfahrens und Wahl des Passivprimaten zur Anwendung. Der Wertansatz der Rückdeckungsversicherung wird dabei um TEUR -84 angepasst und ein Ertrag in gleichlautender Höhe ausgewiesen.

## Umlaufvermögen

Die **unfertigen Leistungen** werden grundsätzlich mit den Herstellungskosten bewertet. Verluste aus nicht kostendeckenden Aufträgen werden, soweit möglich, vom Wertansatz der unfertigen Leistungen gekürzt; darüber hinaus wurden ggf. Drohverlustrückstellungen gebildet. Dabei werden die Fertigstellungsgrade der für Neubaufträge erbrachten Klassifikations- und Zertifizierungsleistungen anhand des Verhältnisses der Istkosten zu den Plankosten bewertet. Darüber hinaus wurden angefangene Klassifikations- und Zertifizierungsleistungen für Neubaufträge, denen derselbe Vertrag zugrunde liegt, zusammengefasst bewertet, um Anlaufkosten, die aus der erstmaligen Zeichnungsprüfung eines Schiffstyps einer Serie entstehen, verursachungsgerecht zu verteilen. Das bestehende Wahlrecht hinsichtlich der Aktivierung von Verwaltungskosten und Zinsen wurde nicht ausgeübt.

Von den unfertigen Leistungen werden die erhaltenen Anzahlungen offen abgesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind zu Nennwerten bzw. zu Anschaffungskosten bewertet. Für Einzelrisiken werden individuelle Wertberichtigungen gebildet. Für Forderungen älter als sechs Monate werden Wertberichtigungen von 50 % des Nennbetrags gebildet, für Forderungen älter als 360 Tage werden Wertberichtigungen von 100 % des Nennbetrags gebildet.

**Liquide Mittel** sind zu Nennwerten angesetzt.

## Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit diese Aufwendungen für einen bestimmten Zeitraum danach darstellen.

## Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden im Berichtsjahr unter Zugrundelegung des von der Deutschen Bundesbank ermittelten und bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes für eine Restlaufzeit von 10 Jahren von 1,90 % (i. Vj. 1,82 %) und der Anwendung der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Die Pensionsrückstellungen wurden gem. der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) bewertet.

Folgende Parameter kommen zum Einsatz: Als Gehaltssteigerung wurden 2,7 % p. a. (i. Vj. 2,7 % p. a.), als Rentensteigerung 2,2 % p. a. (i. Vj. 2,2 % p. a.) angesetzt. Die angenommene Fluktuationsrate beträgt 4,0 % p. a. (i. Vj. 4,0 % p.a.). Die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB) werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert mit den Rückstellungen verrechnet.

**Steuerrückstellungen** sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag ermittelt.

Die **Rückstellungen für Jubiläumsleistungen** werden im Jahresabschluss 2024 unter Zugrundelegung des von der Deutschen Bundesbank ermittelten und bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes für eine Restlaufzeit von 10 Jahren von 1,96 % (i. Vj. 1,75 %) und der Anwendung der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Die Jubiläumsrückstellungen werden gem. der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) bewertet. Folgende Parameter kommen zum Einsatz: Als Gehaltssteigerung wurde 0,0 % p. a. (i. Vj. 0,0 % p. a.) angesetzt.

Die übrigen **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften und ungewisse Verbindlichkeiten. Es handelt sich um kurzfristige Rückstellungen, sie werden deshalb nicht abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Einschätzung der Prozessrisiken zur Berechnung der Rückstellung für Prozessrisiken erfolgt durch die interne Rechtsabteilung in Zusammenarbeit mit externen Rechtsberatern.

Die Berechnung der Rückstellungen für Bonus- und Tantiemeverpflichtungen erfolgt anhand der arbeitsvertraglichen Grundlagen sowie der bestehenden Betriebsvereinbarung.

Die Berechnung der Urlaubsrückstellung sowie der Rückstellungen für Gleitzeit und Überstunden erfolgt anhand der systemseitig hinterlegten Resturlaubstage bzw. Gleitzeitstunden und unter Berücksichtigung der aktuellen Gehaltskosten.

Basis für die Ermittlung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ist die zugrunde liegende Projektkalkulation.

## **Verbindlichkeiten**

Die **Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

## **Latente Steuern**

**Latente Steuern** werden nach § 274 Abs. 1 HGB für Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen gebildet, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Steuerliche Verlustvorträge und Zinsvorträge werden bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verrechnung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurden die Steuersätze angewendet, die nach der derzeitigen Rechtslage für den Zeitpunkt gültig oder angekündigt sind, zu dem sich die temporären Differenzen wahrscheinlich abbauen werden. Die Bewertung der Bilanzdifferenzen erfolgte mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz von unverändert zum Vorjahr 32 %. Dieser setzt sich aus 15 % Körperschaftsteuer, 5,5 % Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer sowie 16,2 % Gewerbesteuer zusammen.

Die DNV SE ist Organträger einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die laufenden und latenten Steuern der Organschaft sind bei dem Organträger auszuweisen (formale Betrachtungsweise). Der Ausweis der latenten Steuern in der Bilanz erfolgt saldiert (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB).

Steuerpflichtige, zeitlich begrenzte Differenzen aus sonstigen Rückstellungen, die zu passiven latenten Steuern führen, werden mit abzugsfähigen zeitlich begrenzten Differenzen aus Wertpapieren des Anlagevermögens, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Rückstellungen für Pensionen, Drohverlustrückstellungen, sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen (im Wesentlichen Gewerbesteuer) verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuern (Aktivüberhang) wurden gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

## Mindeststeuergesetz

Im Jahr 2021 veröffentlichte die OECD detaillierte Regeln zur Umsetzung der Reform des internationalen Steuersystems, die sicherstellen soll, dass multinationale Unternehmen einem Mindeststeuersatz von 15% unterliegen. Das Mindeststeuergesetz ist am 28.12.2023 in Kraft getreten. Die Mindeststeuern werden erstmalig für das Geschäftsjahr 2024 erhoben. Bei der DNV SE haben sich keine Auswirkungen aus der Einführung des Mindeststeuergesetzes ergeben.

## C.) Erläuterungen zur Bilanz

### Anlagevermögen

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** der DNV SE wird im Anlagenspiegel dargestellt.

#### (1) Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12. 2024	31.12. 2023
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	3	18
Geschäfts- oder Firmenwert	<u>0</u>	<u>35</u>
	<u>3</u>	<u>53</u>

## (2) Sachanlagen

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	195	245
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.645	2.727
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	41
	<u>2.840</u>	<u>3.013</u>

## (3) Finanzanlagen

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	93.420	104.549
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	156.268	71.498
Beteiligungen	386	386
Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	32	32
Sonstige Ausleihungen	12.248	11.996
	<u>262.354</u>	<u>188.461</u>

Der Rückgang der **Anteile an verbundenen Unternehmen** um TEUR 11.129 erklärt sich wie folgt:

Im Berichtsjahr ist ein Teil des Geschäfts der Tochtergesellschaft Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH in die Tochtergesellschaft DNV Energy Systems GmbH ausgegliedert worden. An beiden Gesellschaften hält die DNV SE 100 % des Kapitals sowie der Stimmrechte. Die Ausgliederung ist zu Buchwerten erfolgt. Zur Aufteilung des Beteiligungsansatzes beider Gesellschaften ist im Verhältnis des gemeinen Wertes des ausgegliederten Teils eine ergebnisneutrale Umgliederung innerhalb der Finanzanlagen erfolgt.

Des Weiteren hat die DNV SE im Berichtsjahr ihre Anteile an der Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH (Hamburg) in Höhe von TEUR 1.922 vollständig an die ebenfalls zur DNV Gruppe gehörenden DNV Inspection Group AS (Høvik, Norwegen) veräußert. Darüber hinaus wurden die Anteile der Germanischer Lloyd Industrial Services Saudi Arabian Co. Ltd (Al Khobar, Saudi Arabien) in Höhe von EUR 1 an die ebenfalls zur DNV Gruppe gehörenden DNV Inspection Group AS (Høvik, Norwegen) sowie die DNV Inspection AS (Høvik, Norwegen) veräußert.

Die Germanischer Lloyd (China) Co., Ltd. (China) wurde im Berichtsjahr liquidiert. Der Beteiligungsbuchwert in Höhe von TEUR 748 ist abgegangen.

Auf den Beteiligungsbuchwert der Garrad Hassan Group Limited wurde aufgrund einer dauernden Wertminderung im Berichtsjahr eine Abwertung um TEUR 8.459 auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Eine Darstellung des Anteilsbesitzes findet sich in der Anlage 2 zum Anhang.

Der Anstieg von **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** resultiert aus dem Anstieg einer Ausleihung an die Muttergesellschaft DNV AS, Norwegen, in Höhe von insgesamt TEUR 85.100 auf TEUR 156.100 sowie einer gegenläufig erhaltenen Teilrückzahlung eines Darlehens an ein verbundenes Unternehmen in Höhe von TEUR 330.

Bei dem als sonstige Ausleihungen im Finanzanlagevermögen aktivierten Rückdeckungsversicherungsanspruch zur Pensionsverpflichtung liegt eine nicht kongruente, rückkaufsfähige Rückdeckungsversicherung vor. Daher findet der Grundsatz der Bewertungseinheit insoweit keine Anwendung. Es handelt sich bei den Beträgen nicht um verpfändete Guthaben, sodass § 246 Abs. 2 Satz HGB nicht zur Anwendung kommt.

#### (4) Vorräte

Im Berichtsjahr werden die erhaltenen Anzahlungen auf unfertige Leistungen zwecks einer einheitlichen Darstellung der deutschen DNV Gesellschaften auf der Passivseite dargestellt.

Im Vorjahr wurden von den unfertigen Leistungen die erhaltenen Anzahlungen offen abgesetzt. Insofern liegt eine eingeschränkte Vergleichbarkeit vor.

Bei einem Ausweis analog Vorjahr hätte die Gesellschaft Vorratsvermögen wie folgt ausgewiesen:

	31.12.2024	31.12.2024 analog VJ	31.12.2023
Unfertige Leistungen	10.597	10.597	10.841
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		-6.855	-7.221
Summe Vorratsvermögen	10.597	3.742	3.620

Ausgehend vom Vorjahreswert an unfertigen Leistungen in Höhe von TEUR 10.841 sowie einer Bestandsverminderung um TEUR 244 ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Bestand an unfertigen Leistungen in Höhe von TEUR 10.597.

#### (5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Leistungen	9.103	11.553
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	87.601	100.818
<i>davon aus Cashpool</i>	40.660	73.963
Sonstige Vermögensgegenstände	1.660	4.047
	<u>98.364</u>	<u>116.419</u>

Die DNV SE ist im Dezember 2017 in den Cash Pool ihrer Muttergesellschaft DNV Group AS, Høvik, aufgenommen worden. Die Liquiditätsausstattung ist durch die bestehende Kreditlinie bei der Muttergesellschaft mit einwandfreier Bonität gesichert.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr neben einem positiven operativen Ergebnis auch durch Dividenden und Anteilsveräußerungen eine positive Entwicklung der Forderungen aus Cashpool erzielt und diese dadurch um TEUR 51.797 erhöht. Zur effektiven Liquiditätssteuerung wurde daher das Darlehen an die Muttergesellschaft um TEUR 85.100 erhöht. In Summe sind die Forderungen aus Cashpool daher um TEUR 33.303 auf TEUR 40.660 gesunken.

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 7.383 (i. Vj. TEUR 10.756) enthalten. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich zusammen aus Forderungen aus Cashpool in Höhe von TEUR 40.660 (i. Vj. TEUR 73.963), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 22.792 (i. Vj. TEUR 26.397) und Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von TEUR 24.149 (i. Vj. TEUR 458).

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

#### (6) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der DNV SE ist in 100.000 nennwertlose vinkulierte Namensaktien eingeteilt.

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	10.000	10.000
Kapitalrücklage	47.544	17.544
Andere Gewinnrücklagen	7.992	7.992
Bilanzgewinn /-verlust	35.535	-24.509
	<u>101.071</u>	<u>11.027</u>

#### (7) Kapitalrücklage

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Kapitalrücklage	47.544	17.544
	<u>47.544</u>	<u>17.544</u>

Im Berichtsjahr hat die DNV AS zur Stärkung des Eigenkapitals eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 30.000 vorgenommen.

## (8) Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn

### Gewinnrücklagen

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Gesetzliche Rücklage	1.000	1.000
Andere Gewinnrücklagen	6.992	6.992
	<u>7.992</u>	<u>7.992</u>

### Bilanzgewinn / -verlust

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Verlustvortrag zum 31.12.	<u>-24.509</u>	<u>-24</u>
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	<u>60.044</u>	<u>-24.486</u>
Bilanzgewinn / -verlust zum 31.12.	<u>35.535</u>	<u>-24.509</u>

Der Bilanzgewinn zum Bilanzstichtag setzt sich zusammen aus dem Verlustvortrag des Vorjahres sowie dem Jahresergebnis des Berichtsjahres.

### Rückstellungen

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	234.658	242.357
Steuerrückstellungen	9.585	3.490
Sonstige Rückstellungen	17.373	19.020
	<u>261.616</u>	<u>264.867</u>

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR -1.710 (Vorjahr: 2.135 TEUR).

Zum Bilanzstichtag bestand aus mittelbaren Pensionsverpflichtungen eine Unterdeckung in Höhe von TEUR 5.632.

Die Steuerrückstellungen betreffen mit TEUR 9.094 inländische Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie mit TEUR 502 ausländische Körperschaftsteuern.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Bonus	8.387	9.180
Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	3.056	3.709
Urlaubsrückstellungen	2.013	1.949
Gleitzeit- / Überstunden	1.387	1.471
Jubiläum	1.031	1.028
Übrige Rückstellungen	1.012	1.003
Rechts-, Beratungs- und Jahresabschlusskosten	314	219
Rückstellung für drohende Verluste aus Kundenverträgen	152	440
Rückstellung für Rückbauverpflichtung	21	21
	<u>17.373</u>	<u>19.020</u>

## (9) Verbindlichkeiten

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	800	1.149
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>(800)</i>	<i>(1.149)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.070	32.751
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>(4.070)</i>	<i>(32.751)</i>
Sonstige Verbindlichkeiten	10.234	3.961
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>(10.234)</i>	<i>(3.961)</i>
<i>davon aus Steuern</i>	<i>(2.390)</i>	<i>(2.491)</i>
	<u>15.104</u>	<u>37.861</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 3.033 (i. Vj. TEUR 4.061). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen setzen sich zusammen aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.070 (i.Vj. TEUR 4.821) und Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von TEUR 0 (i. Vj. TEUR 27.930).

Im Berichtsjahr werden die erhaltenen Anzahlungen auf unfertige Leistungen zwecks einer einheitlichen Darstellung der deutschen DNV Gesellschaften auf der Passivseite dargestellt.

Im Vorjahr wurden von den unfertigen Leistungen die erhaltenen Anzahlungen offen abgesetzt. Insofern liegt eine eingeschränkte Vergleichbarkeit vor.

Bei einem Ausweis analog Vorjahr hätte die Gesellschaft sonstige Verbindlichkeiten wie folgt ausgewiesen:

	31.12.2024	31.12.2024 analog VJ	31.12.2023
Sonstige Verbindlichkeiten ohne erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	<u>3.379</u>	<u>3.379</u>	<u>3.961</u>
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.855	-	
Summe sonstige Verbindlichkeiten	<u>10.234</u>	<u>3.379</u>	<u>3.961</u>

## D.) Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

### (1) Umsatzerlöse

Im Vorjahr wurden Technical Service Agreement (TSA) Umlagen als Erlösschmälerung berücksichtigt. Zwecks einer einheitlichen Darstellung der deutschen DNV Gesellschaften wurde dies im Berichtsjahr angepasst und die TSA Umlagen als bezogene Leistungen ausgewiesen. Insoweit ist nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr gegeben.

Bei einem Ausweis analog Vorjahr hätte die Gesellschaft Umsatzerlöse wie folgt ausgewiesen:

	31.12.2024	31.12.2024 analog VJ	31.12.2023
Umsatzerlöse	<u>177.498</u>	<u>177.498</u>	<u>184.812</u>
TSA Umlagen		-8.024	-7.210
Summe Umsatzerlöse	<u>177.498</u>	<u>169.474</u>	<u>177.602</u>

### Aufgliederung nach Geschäftsfeldern

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Maritime Dienste (Klassifikation)	131.475	138.247
Konzernumlagen	45.898	38.528
Erträge aus Grundstücken und Mieterträge	<u>125</u>	<u>827</u>
	<u>177.498</u>	<u>177.602</u>

### Aufgliederung Maritime Dienste nach Regionen

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Region Deutschland	129.266	124.679
Region Europa/Mittl. Osten/Afrika (ohne Deutschland)	<u>2.209</u>	<u>13.568</u>
	<u>131.475</u>	<u>138.247</u>

Der Umsatzrückgang der maritimen Dienste ist im Wesentlichen auf den Abgang einer Betriebsstätte in 2023 zurückzuführen. Im Vorjahr wurden hierfür noch TEUR 5.513 Umsatzerlöse ausgewiesen.

## (2) Sonstige betriebliche Erträge

	2024	2023
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Kursgewinne	1.220	1.082
Anlagenverkäufe	0	38
Übrige Erträge	<u>378</u>	<u>832</u>
	<u>1.598</u>	<u>1.952</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten als periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 330 (i.Vj. TEUR 254) Auflösungen von Rückstellungen. Im Vorjahr war darüber hinaus die Auflösung einer Einzelwertberichtigung gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 498 enthalten.

## (3) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen handelt es sich überwiegend um Vergütungen an ausländische Kooperationspartner und andere Klassifikationsgesellschaften sowie Leistungen von Tochtergesellschaften an die DNV SE.

Im Vorjahr wurden TSA Umlagen als Erlösschmälerung berücksichtigt. Zwecks einer einheitlichen Darstellungsweise der deutschen DNV Gesellschaften wurde dies im Berichtsjahr angepasst und die TSA Umlagen als bezogene Leistungen ausgewiesen. Insoweit ist nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr gegeben.

Bei einem Ausweis analog Vorjahr hätte die Gesellschaft bezogene Leistungen wie folgt ausgewiesen:

	31.12.2024	31.12.2024 analog VJ	31.12.2023
Bezogene Leistungen	<u>20.481</u>	<u>20.481</u>	<u>20.223</u>
TSA Umlagen	<u>8.024</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Summe Bezogene Leistungen	28.505	20.481	20.223

#### (4) Personalaufwand/Mitarbeiter

	<u>2024</u> TEUR	<u>2023</u> TEUR
Gehälter	70.666	70.842
Soziale Abgaben	10.389	10.073
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.654	3.539
<i>davon für Altersversorgung</i>	<u>1.611</u>	<u>3.375</u>
	<u>82.709</u>	<u>84.454</u>

Aufgrund des Abgangs einer Betriebsstätte in 2023 sind die Personalaufwendungen um TEUR 3.784 zurückgegangen und konnte einen gegenläufigen Anstieg im Wesentlichen aufgrund von Gehaltserhöhungen um TEUR 2.039 auffangen, so dass sich der Personalaufwand in Summe um TEUR 1.745 reduziert hat.

#### Zahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Durchschnittliche Mitarbeiter	<u>686</u>	<u>676</u>

Am 31. Dezember 2024 waren in der DNV SE 686 (i. Vj. 676) Mitarbeiter fest angestellt. Davon sind 678 (i. Vj. 670) in inländischen Betriebsstätten und 8 (i. Vj. 6) in ausländischen Betriebsstätten beschäftigt. Von den Beschäftigten waren 485 (i. Vj. 474) männlich und 201 (i. Vj. 202) weiblich.

#### (5) Abschreibungen

Hierin enthalten sind planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (Geschäfts- und Firmenwert, Software). Wir verweisen auf unseren Anlagenspiegel.

## (6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der DNV SE setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Sonstige Fremdlieferungen und -leistungen Konzern	16.072	17.725
Aufwendungen für Grundstücke und Räume	7.826	8.335
Reise- und Kraftfahrzeugkosten	5.436	5.161
Datenverarbeitung und Bürobedarf	2.447	2.112
Sonstige Inanspruchnahme von Diensten	2.409	3.036
Aufwendungen für Marketing und Kommunikation	2.108	2.626
Sonstige Personalaufwendungen	1.694	2.211
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	1.560	1.810
Aufwand aus Kursdifferenzen	1.036	1.247
Telekommunikation	399	540
Versicherungen	9	19
	<u>40.996</u>	<u>44.822</u>
<b>Periodenfremde Aufwendungen</b>		
Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen	380	626
Buchverluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	22
	<u>380</u>	<u>648</u>
	<u>41.376</u>	<u>45.470</u>

Die Struktur der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist analog Vorjahr. Die periodenfremden Aufwendungen betreffen im Berichtsjahr ausschließlich Wertberichtigungen beziehungsweise Abschreibungen auf Forderungen.

## (7) Beteiligungsergebnis

	2024	2023
	TEUR	TEUR
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen von verbundenen Unternehmen	24.149	457
Beteiligungsergebnis von verbundenen Unternehmen	21.019	-744
Aufwendungen aus Verlustübernahme von verbundenen Unternehmen	0	-27.930
	<u>45.168</u>	<u>-28.217</u>

Die **Erträge aus Gewinnabführungsverträgen** resultieren aus der Ergebnisübernahme der Elbe Holding GmbH, Hamburg, mit TEUR 1.132 (i. Vj. TEUR 17), der DNV Maritime Software GmbH, Rostock, mit TEUR 212 (i. Vj. TEUR 440), der DNV Renewables Certification GmbH, Hamburg, mit

TEUR 1.273 (i.Vj. Verlust TEUR 739) sowie der DNV Energy Systems Germany GmbH, Hamburg in Höhe von TEUR 21.532 (i. Vj. Verlust TEUR 3.770).

Das **Ergebnis aus Beteiligungen** beinhaltet im Berichtsjahr den Liquidationserlös sowie erhaltene Dividenden der Germanischer Lloyd (China) Co, Ltd. (TEUR 11.472), Dividenden der Garrad Hassan Group Limited, UK, (TEUR 8.842) und von der Dutrain GmbH, Duisburg, (TEUR 720).

Die DNV SE hat aus der Veräußerung der Anteile an der Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH einen Veräußerungsgewinn in Höhe von TEUR 752 erzielt. Die bis zur Veräußerung im Berichtsjahr entstandene Verluste in Höhe von TEUR 767 hat die DNV SE aufgrund des bestehenden Beherrschungsvertrages übernommen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme im Rahmen der Organschaft betragen 0 EUR, da im Berichtsjahr ein Gewinn bei allen Organgesellschaften erzielt wurde. Im Vorjahr wurde neben den obig beschriebenen Verlusten ein Verlust der inzwischen nicht mehr zum Organkreis gehörenden sowie veräußerten Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH in Höhe von TEUR 23.421 ausgewiesen.

## (8) Finanzergebnis

	2024	2023
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.073	6.073
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	7.073	6.073
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	433	117
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.496	-6.347
<i>davon aus Abzinsung von Pensionsrückstellungen</i>	-2.032	-5.970
<i>davon an verbundene Unternehmen</i>	-126	-138
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-8.459	-18.041
	<u><u>-3.449</u></u>	<u><u>-18.198</u></u>

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge betreffen im Wesentlichen die Verzinsung der Forderungen aus Cashpool sowie Zinsen für kurzfristige Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Berichtsjahr und im Vorjahr in voller Höhe die Beteiligung an der Garrad Hassan Group Limited, UK.

## (9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag weist die Gesellschaft einen Steueraufwand in Höhe von TEUR 7.166 (i. Vj. Steuerertrag TEUR 728) aus. Dieser beinhaltet einen Steueraufwand in Höhe von TEUR 193 (i. Vj. TEUR 437) aus dem Ausland.

## **E.) Sonstige Angaben**

### **Gewinnverwendungsvorschlag**

Der Vorstand schlägt in Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat vor, den Bilanzgewinn von EUR 35.534.802,25 auf neue Rechnung vorzutragen.

### **Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Zum 31. Dezember 2024 bestehen keine Garantien (Parent Company Guarantees) an Konzerngesellschaften. Diese betragen im Vorjahr TEUR 10.269 und dienen sowohl der Absicherung von Aufträgen und Projekten als auch der Absicherung von Bankkreditlinien.

Bank-Garantien und -Bürgschaften – überwiegend zur Absicherung von Aufträgen und Projekten (Bietungs- und Vertragserfüllungsgarantien) der DNV SE – werden durch die DNV Group AS zur Verfügung gestellt.

Zum Bilanzstichtag bestanden aus der Bilanz nicht ersichtliche Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen für bewegliche, unbewegliche und immaterielle Anlagegegenstände sowie für Beratungsverträge in der DNV SE in Höhe von insgesamt TEUR 53.964 (i. Vj. TEUR 35.719). Die zugrunde liegenden Verträge haben Laufzeiten von bis zu fünf Jahren, mit Ausnahme der Mietverhältnisse für die Verwaltungsgebäude Brooktorkai 18 und 20, für die die Festlaufzeit 12 bzw. 5 Jahre beträgt.

Die DNV SE geht Haftungsverhältnisse nur nach sorgfältiger Risikoabwägung und grundsätzlich nur in Zusammenhang mit ihrer eigenen oder der Geschäftstätigkeit verbundener Unternehmen ein. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf Fristenkongruenz und Verhältnismäßigkeit der Haftungsbeträge der Avale gegenüber den zugrunde liegenden Transaktionen gerichtet.

Auf Basis einer kontinuierlichen Evaluierung der Risikosituation der eingegangenen Haftungsverhältnisse und unter Berücksichtigung der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die DNV SE derzeit davon aus, dass die den Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldern erfüllt werden können. Die DNV SE schätzt daher bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen das Risiko einer Inanspruchnahme als gering ein.

### **Angaben zu den Gesamtbezügen der Organe der Gesellschaft**

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wird mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die satzungsgemäße Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrates beträgt TEUR 0 (i. Vj. TEUR 0).

Für ehemalige Mitglieder des Vorstands bestanden per 31.12.2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7,6 Mio EUR (i. Vj. 7,2 Mio EUR).

## **Abschlussprüferleistungen**

Die Vergütung des Abschlussprüfers betrug im Geschäftsjahr 2024 TEUR 224 für die Jahresabschlussprüfung sowie TEUR 16 für sonstige Leistungen. Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt somit insgesamt TEUR 240.

## **Konzernverhältnisse**

Der Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss der Stiftelsen Det Norske Veritas, Høvik, Norwegen, einbezogen (Registernummer 911 177 781).

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts war die DNV SE zum 31. Dezember 2024 nicht verpflichtet, da die DNV Group AS, Hovik/Norwegen, in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2024 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung nach §§ 3-9 des Norwegischen Accounting Act and Regulations on Simplified IFRS (in der vom norwegischen Finanzministerium beschlossenen Fassung vom 7. Februar 2022) nach den IFRS für die DNV SE erstellt; dieser wird im Unternehmensregister offengelegt. Der Konzernabschluss der DNV Group AS wird seinerseits in den Konzernabschluss der Stiftelsen Det Norske Veritas, Høvik/Norwegen, als höchster Konzernspitze einbezogen. Dieser Konzernabschluss kann bei DNV (Corporate Communications), P.O. Box 300, 1322 Høvik/Norwegen, angefordert werden.

## **Beteiligungsverhältnisse**

Die DNV AS, Høvik/Norwegen, hat uns gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr seit dem 25. November 2013 eine Mehrheitsbeteiligung an unserer Gesellschaft gehört.

## **Aufsichtsrat**

Remi Eriksen, Master of Science, Group President and CEO DNV Group, DNV AS, Norwegen (Vorsitzender)

Kjetil Monssen Ebbesberg, Master of Business & Economics, Chief Financial Officer DNV AS, Norwegen (stellvertretender Vorsitzender)

Gro Gotteberg, Master of Business & Science in Economics, Chief Human Resources Officer DNV Group, DNV Group AS, Norwegen

Thina Ytterhorn, Deputy Legal Director, DNV AS, Norwegen

Thomas Reimer, Dipl.-Ing., Chairman of Joint Works Council DNV SE / Gesamtbetriebsratsvorsitzender der DNV SE (Mitarbeitervertreter)

Guido Otto Wagner, Deputy Chairperson of Works Council DNV GL SE, GL Industrial Services UK Ltd., UK

## **Vorstand**

Dr. Björn-Olaf Borth, Vorstandsvorsitzender, Commercial Executive Board Member, Hamburg

Torsten Fritz Schramm, Vorstand, Operational Executive Board Member, Dötlingen

Knut Ørbeck-Nilssen, Vorstand, Operational Executive Board Member, Hamburg

Gesa Heinacher-Lindemann, Vorstand, Head of Group Compliance, Jesteburg

## **Nachtragsbericht**

Zum 01.01.2025 sind 100% der Anteile an der DNV Maritime Software GmbH, Rostock, von der DNV SE auf die DNV Maritime Software AS Høvik/Norwegen verkauft worden. Der mit der DNV Maritime Software GmbH abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag wurde mit Ablauf des 31. Dezember 2024 gekündigt.

Weitere Vorgänge oder Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Hamburg, 12. Juni 2025

Der Vorstand

\_\_\_\_\_  
Dr. Björn-Olaf Borth

\_\_\_\_\_  
T. Schramm

\_\_\_\_\_  
K. Ørbeck-Nilssen

\_\_\_\_\_  
G. Heinacher-Lindemann

DNV GL SE, Hamburg  
Entwicklung des Anlagevermögens 2024

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2024	01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen	29.082.563	0	0	0	29.082.563	29.064.607	14.902	0	0	29.079.509	3.054	17.956
2. Geschäfts- oder Firmenwert	4.196.756	0	-4.083.259	0	113.497	4.161.810	25.112	-4.073.425	0	113.497	0	34.946
	33.279.319	0	-4.083.259	0	29.196.060	33.226.417	40.014	-4.073.425	0	29.193.006	3.054	52.902
<b>II. Sachanlagen</b>												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	368.924	0	0	0	368.924	123.939	49.740	0	0	173.679	195.245	244.985
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.262.558	558.595	0	40.969	11.862.122	8.535.654	682.008	0	0	9.217.662	2.644.459	2.726.903
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	40.969	0	0	-40.969	0	0	0	0	0	0	0	40.969
	11.672.451	558.595	0	0	12.231.046	8.659.593	731.748	0	0	9.391.341	2.839.704	3.012.857
<b>III. Finanzanlagen</b>												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	155.075.849	0	-2.673.690	0	152.402.159	50.526.747	8.458.650	-2.542	0	58.982.855	93.419.305	104.549.103
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	71.497.800	85.100.000	-329.710	0	156.268.090	0	0	0	0	0	156.268.090	71.497.800
3. Beteiligungen	386.454	0	0	0	386.454	0	0	0	0	0	386.454	386.454
4. Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	32.400	0	0	0	32.400	0	0	0	0	0	32.400	32.400
5. Sonstige Ausleihungen	11.995.307	252.968	0	0	12.248.275	0	0	0	0	0	12.248.275	11.995.307
	238.987.810	85.352.968	-3.003.400	0	321.337.378	50.526.747	8.458.650	-2.542	0	58.982.855	262.354.524	188.461.064
	283.939.580	85.911.563	-7.086.659	0	362.764.484	92.412.757	9.230.412	-4.075.967	0	97.567.202	265.197.282	191.526.823



## Anteilsbesitzliste 2024\*

Nr.	Gesellschaft	Sitz	Land	Anteil Total	Eigenkapital ** in TEUR	Jahresüberschuss ** in TEUR
1	ELBE Holding GmbH	Hamburg	Deutschland	100,00	6.000	0
2	DNV Maritime Software GmbH	Rostock	Deutschland	100,00	525	0
3	DNV Energy Systems Germany GmbH	Hamburg	Deutschland	100,00	67.082	0
4	DNV Energy Systems Mexico S. de R. L. de C.V.	Mexiko D.F.	Mexiko	99,99	4.043	590
5	DNV Kenya Limited	Nairobi	Kenia	100,00	-2.024	398
6	Germanischer Lloyd Gabon SARL	Port Gentil	Gabun	100,00	83	0
7	Germanischer Lloyd Philippines Inc.	Manila	Philippinen	99,50	348	-4
8	DNV Bangladesh Limited	Chittagong	Bangladesch	0,06	302	188
9	P.T. Germanischer Lloyd Indonesia	Jakarta	Indonesien	100,00	-9	0
10	Subsidiary Company "Germanischer Lloyd Ukraine"	Odessa	Ukraine	100,00	6	1
11	Germanischer Lloyd Lebanon S.A.R.L.	Amchit	Libanon	100,00	652	843
12	EURL DNV GL Algeria	Algier	Algerien	100,00	814	-13
13	Germanischer Lloyd Nigeria Limited	Lagos	Nigeria	100,00	1.425	633
14	Garrad Hassan Group Limited	Bristol	Großbritannien	100,00	11.800	4.402
15	DNV Argentina S.A	Buenos Aires	Argentinien	100,00	4.367	403
16	DNV Renewables Certification GmbH	Dresden	Deutschland	100,00	2.805	0
17	DUtrain GmbH, Gesellschaft für Trainings- und Servicecenter für	Duisburg	Deutschland	60,00	2.750	1.599

\* Bei der Darstellung wurden mittelbare Beteiligungen über Tochtergesellschaften der DNV SE berücksichtigt.

\*\* Angaben beziehen sich bei den ausländischen Tochtergesellschaften auf IFRS Ergebnisse 2024.



## **1. Grundlagen der Gesellschaft**

### **1.1. Geschäftsmodell der Gesellschaft**

Die im Jahre 1867 gegründete Schiffsklassifikationsgesellschaft Germanischer Lloyd AG hat seit dem Merger mit der Det Norske Veritas im September 2013 zunächst in DNV GL SE und mit Beschluss vom 18. Dezember 2023 in DNV SE umfirmiert. Die DNV SE ist eine unabhängige Klassifikations-, Zertifizierungs- und Beratungsgesellschaft. Ihren internationalen, vorrangig maritimen Kunden, offeriert die Gesellschaft ein Serviceportfolio aus Schiffsklassifikation, Offshore-Klassifikation, Zertifizierung von Materialien und Komponenten sowie der Sicherheit von Schiffs- und Hafenanlagen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Gefahrenabwehr, maritimen Beratungen, Trainings sowie statutarischen Services. Zudem bietet die DNV SE ihren Kunden informationstechnologische Lösungen u.a. zur Brennstoff- und Emissionsminimierung in der Schifffahrt oder dem Accounting von Schiffsbetriebsgesellschaften an. Insgesamt beschäftigte die Gesellschaft inklusive ihrer Betriebsstätten zum 31. Dezember 2024 685 (i. Vj. 670) Mitarbeiter.

Die DNV SE agiert als operative Holding und unterhält neben ihrem eigenen Geschäftsbetrieb Beteiligungen an Unternehmen an wichtigen maritimen Standorten. Über ihre Beteiligungen an der DNV Energy Systems Germany GmbH und der DNV Renewables Certification GmbH ist die DNV SE auch im Öl & Gas- und Erneuerbare-Energien-Geschäft präsent.

Die DNV SE unterhielt im Berichtsjahr zudem Betriebsstätten in Ägypten, Kuba und Indien.

Die DNV SE unterstützt die in der DNV Group definierten Werte „We care“, „We share“ und „We dare“. Zu den Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten des Geschäftsbereichs Maritime gehören der risiko- und emissionsminimierte Seetransport, die Erhöhung der Schiffsverfügbarkeit durch die Minimierung von Ausfallzeiten, die Verringerung der Schiffslebenszykluskosten sowie die Verbesserung von Prozessen durch den Einsatz modernster IT-Technologien.

Jedes Jahr sollen etwa 5,0 % der operativen Erlöse der DNV Group in Forschung und Entwicklung investiert werden. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden zentral bei der Muttergesellschaft (DNV AS) koordiniert. Im Rahmen dieser Koordinierung werden sämtliche Themen zu Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten an sie adressiert.

## 1.2. Unternehmensziele und -strategien

Die Vision der DNV SE ist es, auf globaler Ebene eine sichere und nachhaltige Zukunft zu schaffen und damit einen positiven Beitrag für die Welt zu leisten und den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt zu entsprechen.

Von dem Ziel des Schutzes von Leben, Eigentum und der Umwelt angetrieben, will die DNV SE ihren Kunden ermöglichen, die Sicherheit und Nachhaltigkeit ihrer Geschäfte weiterzuentwickeln. Darüber hinaus unterstützt die DNV SE ihre Kunden dabei, noch sicherer, effektiver und umweltbewusster in ihrem Handeln zu sein. Hierbei wird die Vermeidung von Schäden für Menschen und Vermögenswerte immer im Vordergrund stehen.

Zu den Werten der DNV SE gehört es, Vertrauen aufzubauen, keine Kompromisse bei Qualität oder Integrität zu machen, Teamwork und Innovation zu fördern, sich um ihre Kunden und umeinander zu kümmern sowie offen für Veränderungen zu sein und konkrete Ergebnisse zu liefern.

Im Geschäftsbereich Maritime wird die Klassifizierung von Schiffen und Schiffskomponenten auch zukünftig das Kerngeschäft der Gesellschaft darstellen. Daneben steht aber auch die Wahrnehmung von Wachstumschancen im Beratungsgeschäft sowie in der nicht klassifikatorischen Zertifizierung.

## 1.3. Steuerungssystem (Leistungsindikatoren zur Gruppensteuerung)

Die DNV Group erfasst und analysiert auf Ebene des Konzerns die Umsatz- und Ergebnisentwicklung u. a. nach Geschäftsbereichen, Geschäftsfeldern und Regionen bzw. Ländern. Hierbei basieren die finanziellen Leistungsindikatoren auf den betrieblichen Ergebnissen der einzelnen Beteiligungsgesellschaften, Betriebsstätten und kleineren organisatorischen Einheiten wie Profit Center.

Die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgegrenzten finanziellen Steuerungsgrößen umfassen auf Konzernebene u.a. die Gesamtleistung (Total Revenue) und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Im Geschäftsjahr 2024 wurde die Definition der zentralen Steuerungsgröße angepasst. Während im Vorjahr das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit inklusive Beteiligungs- und Finanzergebnis maßgeblich war, wird ab 2024 das operative Ergebnis vor Abschreibungen, Beteiligungs- und Finanzergebnis (EBITDA) als zentrale Steuerungsgröße verwendet. Zur Vergleichbarkeit wird im Prognosevergleich weiterhin auch auf die alte Definition Bezug genommen.

Die DNV Group erwirtschaftete im Jahr 2024 eine Gesamtleistung in Höhe von 35,0 Mrd. NOK (3,01 Mrd. EUR), verglichen mit 31,6 Mrd. NOK (2,82 Mrd. EUR) im Jahr 2023, was einem Wachstum von 10,7 % entspricht. Diese solide Leistung wurde durch verkaufsfördernde Aktivitäten, die durch positive Marktentwicklungen und Effizienzmaßnahmen in den meisten unserer Geschäftsbereiche unterstützt wurden, sowie durch das zusätzliche Geschäftsvolumen und die Leistung der akquirierten Unternehmen erzielt.

Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) stieg um 0,2 Milliarden NOK (0,02 Milliarden EUR) von 5,4 Milliarden NOK im Jahr 2023 auf 5,6 Milliarden NOK (0,48 Milliarden EUR) im Jahr 2024. Das Betriebsergebnis (EBIT) für 2024 belief sich auf 4,4 Mrd. NOK (0,38 Mrd. EUR), ein Anstieg um 0,1 Mrd. NOK (0,01 Mrd. EUR) gegenüber den 4,3 Mrd. NOK (0,38 Mrd. EUR) im Jahr 2023. Organisches Wachstum war der wesentliche Treiber für das verbesserte Ergebnis in 2024.

#### 1.4. Geschäftsverlauf

Die **Gesamtleistung** inklusive sonstiger betrieblicher Erträge der DNV SE erhöhte sich um 5,1 Mio. EUR (2,9 %) gegenüber dem Jahr 2023 auf 178,9 EUR (i. Vj. 173,8 Mio. EUR).

Die **Umsatzerlöse** blieben mit einem Rückgang um 0,1 Mio EUR auf 177,5 Mio. EUR (i. Vj. 177,6 Mio. EUR) stabil. Die Effekte aus der Umsatzerlösreduzierung durch den Abgang einer Betriebsstätte im Vorjahr sowie der angepasste Ausweis von Technical Service Agreement (TSA) Umlagen kompensierten sich. Wir verweisen auf die Ausführungen im Anhang.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sanken von im Vorjahr 2,0 Mio. EUR auf 1,6 Mio. EUR. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen Sondereffekt im Vorjahr aufgrund der Auflösung von Einzelwertberichtigungen gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Die **betrieblichen Aufwendungen** sind mit 153,4 Mio. EUR um 0,8 Mio. EUR höher als im Vorjahr (i. Vj. 152,6 Mio. EUR). Einsparungen in den Bereichen Personalaufwand, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen kompensierten den gegenläufigen Effekt durch den angepassten Ausweis von TSA Umlagen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** haben sich von 20,2 Mio. EUR im Jahr 2023 auf 28,5 Mio. EUR im Jahr 2024 erhöht. Der Anstieg in Höhe von 8,3 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus dem angepassten Ausweis von TSA Umlagen. Wir verweisen auf die Ausführungen im Anhang

Die **Personalaufwendungen** sanken im Jahr 2024 um 1,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr auf 82,7 Mio. EUR (i. Vj. 84,5 Mio. EUR).

Gegenüber dem Jahr 2023 nahmen die **Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände** um 1,7 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR ab. Der Rückgang resultiert aus Einmalwirkungen im Vorjahr aufgrund von planmäßigen Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verringerten sich im Geschäftsjahr um 4,1 Mio. EUR auf 41,4 Mio. EUR (i. Vj. 45,5 Mio. EUR). Hierbei gab es keine strukturellen Veränderungen. Außer einem leichten Anstieg der Kosten für Reisetätigkeiten um 0,3 Mio. EUR auf 5,4 Mio. EUR sowie für Datenverarbeitung- und Bürobedarf um ebenfalls 0,3 Mio. EUR auf 2,4 Mio. EUR konnten in allen Bereichen Einsparungen erzielt werden. Die Einsparungen betreffen die Reduzierung von sonstigen Fremdleistungen im Konzern um -1,7 Mio. EUR auf 16,1 Mio. EUR, Kosten für Marketing und Kommunikation um -0,5 Mio. EUR auf 2,1 Mio. EUR, sonstige Personalaufwendungen um -0,5 Mio. EUR auf 1,7 Mio. EUR und Aufwendungen für Grundstücke und Räume um -0,5 Mio. EUR auf 7,8 Mio EUR sowie die Aufwendungen für Kursdifferenzen um -0,2 Mio. EUR auf 1,0 Mio. EUR. Die übrigen Positionen reduzierten sich um insgesamt -1,3 Mio. EUR auf 4,8 Mio. EUR.

Das **Beteiligungsergebnis** erhöhte sich von -28,2 Mio. EUR um 73,4 Mio. EUR auf 45,2 Mio. EUR. Die Dividenden von Tochterunternehmen sind im Berichtsjahr um 19,8 Mio. EUR von 1,2 Mio. auf 21,0 Mio. EUR gestiegen. Darüber hinaus war das Vorjahr mit Verlusten aus Beteiligungsveräußerungen in Höhe von 1,9 Mio. EUR belastet. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen stiegen von 0,5 Mio. EUR auf 24,1 Mio. EUR. Weiterhin sank der Aufwand aus Verlustübernahmen von -27,9 Mio EUR auf 0 EUR.

Das **Finanzergebnis** erholte sich von -18,2 Mio. EUR um 14,7 Mio. EUR auf -3,4 Mio. EUR deutlich. Wesentliche Treiber sind hier ein Rückgang der Abschreibungen auf Finanzanlagen von 18,0 Mio.

EUR um 9,5 Mio. EUR auf 8,5 Mio. EUR sowie ein Rückgang der Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Pensionsrückstellungen, die das **Finanzergebnis** nur mit 2,0 Mio. EUR und damit deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus (i. Vj. 6,0 Mio. EUR) belasteten.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** als Differenz zwischen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen zuzüglich des Beteiligungsergebnisses und des Finanzergebnisses, jedoch vor Steuern, lag im Jahr 2024 bei 67,2 Mio. EUR und damit deutlich über dem Niveau des Vorjahres (i. Vj. -25,2 Mio. EUR). Hintergrund sind die obig beschriebenen Effekte.

Unter Berücksichtigung des Aufwands aus Ertragsteuern sowie den sonstigen Steuern von 7,2 Mio. EUR (i. Vj. Ertrag 0,7 Mio. EUR) ergibt sich ein **Jahresüberschuss** von 60,0 Mio. EUR. Nach einem Jahresfehlbetrag von 24,5 Mio. EUR im Vorjahr ist das Jahresergebnis damit um 84,5 Mio. EUR angestiegen.

Die **Bilanzsumme** ist zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um 64,0 Mio. EUR (20,4 %) auf 377,8 Mio. EUR gestiegen.

Das **Anlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 73,7 Mio. EUR erhöht. Der Anstieg resultiert aus der Erhöhung von Ausleihungen an verbundene Unternehmen um 84,7 Mio. EUR auf 156,3 Mio. EUR sowie einem gegenläufigen Rückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen um 11,1 Mio. EUR.

Zum 31. Dezember 2024 war das **Anlagevermögen** wie im Vorjahr vollständig durch Eigenkapital und langfristig zur Verfügung stehende Fremdmittel (Pensionsrückstellungen) gedeckt.

Das **Umlaufvermögen** reduzierte sich um 9,9 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr auf 112,2 Mio. EUR. Das Vorratsvermögen erhöhte sich hierbei um 7,0 Mio. EUR, im Wesentlichen bedingt durch einen geänderten Ausweis der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen in Höhe von 7,2 Mio. EUR im Berichtsjahr. Abgesehen davon blieb das Vorratsvermögen mit einer Reduzierung von 0,2 Mio. EUR stabil. Gegenläufig reduzierten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 18,1 Mio. EUR auf 98,4 Mio. EUR. Der Rückgang setzt sich zusammen aus einer Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 2,4 Mio. EUR, einem Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 13,2 Mio. EUR auf 87,6 Mio. EUR sowie einem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände um 2,4 Mio. EUR auf 1,7 Mio. EUR. Der Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultiert aus gestiegenen Forderungen aus Ergebnisabführung sowie einem Rückgang der Cashpool-Forderungen, da im Berichtsjahr eine Umwandlung in Ausleihungen gegenüber verbundenen Unternehmen erfolgte.

Der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich um 1,2 Mio. EUR. Damit betrug der **Bestand an liquiden Mitteln** 3,3 Mio. EUR (i. Vj. 2,1 Mio. EUR) und bewegt sich damit über Vorjahresniveau.

Das **Eigenkapital** erhöhte sich um 90,0 Mio. EUR auf 101,0 Mio. EUR (i. Vj. 11,0 Mio. EUR). Ursächlich für den Anstieg ist das positive Jahresergebnis von 60,0 Mio. EUR sowie eine durch den alleinigen Aktionär veranlasste Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 30,0 Mio. EUR

In den **Rückstellungen** in Höhe von 261,6 Mio. EUR (i. Vj. 264,9 Mio. EUR) gab es einen Rückgang der Pensionsverpflichtungen um 7,7 Mio. EUR auf 234,7 Mio. EUR. Die Steuerrückstellungen erhöhten sich um 6,1 Mio. EUR auf 9,6 Mio. EUR (i. Vj. 3,5 Mio. EUR). Die sonstigen Rückstellungen sind mit 17,4 Mio. EUR um 1,7 Mio. EUR leicht gesunken (i. Vj. 19,0 Mio. EUR).

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten** um 22,8 Mio. EUR auf 15,1 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 28,7 Mio. EUR auf 4,1 Mio. EUR gesunken sind. Dies ist auf einen Rückgang der Verbindlichkeiten

aus Verlustübernahmen um 27,9 Mio. EUR zurückzuführen. Gegenläufig erhöhten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um 6,3 Mio. EUR auf 10,2 Mio. EUR, da im Berichtsjahr die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen hier ausgewiesen werden.

Die DNV SE ist der Überzeugung, dass ausreichend Flexibilität besteht, die Kapitalerfordernisse inklusive der planmäßigen Bedienung der Finanzschulden der operativen Geschäftstätigkeit zu decken. Die Liquiditätsausstattung ist durch den Cash Pool Vertrag mit der Muttergesellschaft DNV Group AS, Høvik, und die bestehende Kreditlinie bei der Muttergesellschaft mit einwandfreier Bonität gesichert.

## **2. Wirtschaftsbericht 2024**

### **2.1. Makroökonomische Rahmenbedingungen**

#### **2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen**

Das globale Wirtschaftswachstum blieb stabil, wenn auch ohne große Dynamik, während die Inflation sank. Dennoch blieben insbesondere im Dienstleistungssektor und in Schwellenländern weiterhin Herausforderungen bestehen. Der World Economic Outlook Update des IWF vom Januar 2025 prognostiziert für 2024 eine globale Wachstumsrate von 3,3%, was eine geringfügige Erhöhung gegenüber der globalen Wachstumsrate von 3,1% für 2023 bedeutet. Dies ist niedriger als der historische Durchschnitt von 2000 bis 2019, der bei 3,7% lag. Zentrale Risiken wie finanzielle Volatilität, geopolitische Spannungen – darunter der Nahostkonflikt, Handelsstörungen sowie die Instabilität des chinesischen Immobilienmarktes erfordern eine gezielte Fiskalpolitik, strukturelle Reformen und internationale Zusammenarbeit, zur Sicherung von Stabilität und zukünftigem Wachstum.

Die globale Wirtschaftstätigkeit und der Welthandel haben sich zum Jahreswechsel von 2023 zu 2024 gefestigt, angetrieben durch starke Exporte aus Asien, insbesondere im Technologiesektor. Verglichen mit den Prognosen aus dem WEO April 2024 fiel das Wachstum im ersten Quartal (Q1) in vielen Ländern überraschend positiv aus. Gleichzeitig kam es zu unerwarteten Abschwächungen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, deren Wachstumsprognose bei 2,6% lag. Eine starke Verlangsamung des Wachstums, nach einer längeren Phase überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Leistung, führte zu einer Abschwächung des Konsums und einem negativen Beitrag des Außenhandels.

Im Gegensatz dazu zeigten sich in Europa erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung, getrieben von einem Aufschwung im Dienstleistungssektor. Nach einem schwachen Wachstum im Jahr 2023, das stark durch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges belastet wurde, erwartete man für den Euroraum Anfang 2024 eine moderate Erholung, mit einem prognostizierten Wachstum von 0,9%. Diese Entwicklung wurde vor allem durch eine steigende Konsumnachfrage der privaten Haushalte gestützt, da sich die Energiepreise stabilisierten und die rückläufige Inflation das reale Einkommen stärkte. Allerdings wurde die Wachstumsprognose für Deutschland für 2024 und 2025 um 0,3 Prozentpunkte nach unten korrigiert, da die Verbraucherstimmung weiterhin gedämpft blieb.

In China führte eine steigende Binnennachfrage im ersten Quartal zu einer höheren Wachstumsprognose von 5%, begünstigt durch einen vorübergehenden Exportanstieg, der mit der gestiegenen globalen Nachfrage des Vorjahres zusammenhing.

Der Welthandel werde sich in den Jahren 2024–2025 mit einem jährlichen Wachstum von rund 3,25% erholen, laut der Prognose des WEO vom Juli 2024, nachdem er im Jahr 2023 nahezu stagnierte. Damit würde er sich wieder an das globale BIP-Wachstum angleichen. Allerdings wurde erwartet, dass der Anstieg im ersten Quartal von 2024 an Dynamik verliere, da die Industrieproduktion weiterhin verhalten blieb.

Mehrere Risiken prägten das erste Halbjahr in 2024. Geopolitische Spannungen, insbesondere in Osteuropa und dem Nahen Osten, wirkten sich weiterhin negativ auf globale Lieferketten aus. Laut WEO im Juli 2024 hat sich das Tempo der weltweiten Inflation in der ersten Jahreshälfte 2024 verlangsamt. Während die Preise für Waren weitgehend stabil waren und teilweise sogar zurückgingen, blieb die Inflation im Dienstleistungssektor in vielen Ländern hoch. Dies ist unter anderem auf kräftige Lohnsteigerungen zurückzuführen, da sich die Gehälter weiterhin an den starken Inflationsanstieg der Jahre 2021–2022 anpassten. Mit der Annäherung der Inflation an die Zielvorgaben der Zentralbanken und dem verstärkten Fokus der Regierungen auf eine nachhaltige Verschuldung, wurde davon ausgegangen, dass sich die wirtschaftspolitische Strategie zunehmend von einer restriktiven Geldpolitik hin zu einer strafferen Fiskalpolitik verlagert. Gleichzeitig sollten die Leitzinsen schrittweise gesenkt und an ihr langfristiges Gleichgewichtsniveau angepasst werden.

Am Ende des Jahres 2024 lagen die Prognosen im Oktober für das globale Wachstum im Berichtsjahr 2024 bei 3,2%.

Die Wachstumsprognose der USA wurde für 2024 auf 2,8 % angehoben, was einer Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Juli-Prognose entspricht. Diese Anpassung basierte auf einer stärkeren wirtschaftlichen Dynamik, insbesondere durch höhere Konsumausgaben und verstärkte Investitionen im Unternehmenssektor. Der private Konsum blieb robust, was vor allem auf deutliche Reallohnsteigerungen – insbesondere bei Haushalten mit geringerem Einkommen – sowie positive Vermögenseffekte zurückzuführen ist.

Das Wirtschaftswachstum in der Eurozone erreichte 2023 seinen Tiefpunkt. Für 2024 wurde im Oktober ein Anstieg auf 0,8% erwartet, was leicht unter den Prognosen aus April und Juli 2024 lag. Diese moderate Erholung wurde vor allem durch eine verbesserte Exportleistung, insbesondere im Warenhandel, gestützt. Allerdings blieb die Industrieproduktion schwach, was insbesondere für Deutschland und Italien eine Belastung darstellte.

Im Vergleich zur Prognose vom April wurde das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern für 2024 um 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Diese Anpassung resultierte aus verbesserten Wachstumsaussichten für Asien, insbesondere für China und Indien, die die Abwärtskorrekturen für Subsahara-Afrika sowie den Nahen Osten und Zentralasien mehr als ausglich. Trotz anhaltender Schwäche im Immobiliensektor und eines gedämpften Verbrauchervertrauens wurde für China Ende 2024 nur eine leichte Wachstumsverlangsamung auf 4,8 % erwartet. Dies ist vor allem auf überraschend starke Nettoexporte zurückzuführen, die den Rückgang teilweise ausgleichen konnten.

Im Januar 2025 wurden die Wachstumsangaben durch eine verschlechterte Leistung mancher Länder in Asien und Europa zum Ende des Jahres angepasst. Das globale Wirtschaftswachstum sank im dritten Quartal 2024 um 0,1%, unter anderem durch geringfügigen Rückgang in China's Wachstum auf 4,7%. Auch wurde die Rate in den USA nach dem dritten Quartal auf 2,7% angepasst.

Für das Jahr 2024 wurde ein Wachstum der weltweiten Ölnachfrage in etwa auf dem Durchschnitt des 21. Jahrhunderts prognostiziert, allerdings mit erheblicher Unsicherheit. Die umfassenden Produktionskürzungen der OPEC+ in Höhe von 5,86 Millionen Barrel pro Tag schufen eine Untergrenze für die Ölpreise. Es wurde erwartet, dass die Ölpreise 2024 um 0,9 % auf ungefähr 81 US-Dollar steigen.

Die Preise für Brennstoffe sollten nach Angaben des IWF im Oktober insgesamt um durchschnittlich 3,8 Prozent fallen, insbesondere aufgrund sinkender Preise für Erdgas (-16,4%) und Kohle (-18,0%), die sich von ihren Höchstwerten im Jahr 2022 zurückbildeten. Allerdings geschah dieser Rückgang langsamer als ursprünglich im April prognostiziert.

Die globalen Angebotsschocks seit 2020 haben die Wirtschaft nachhaltig beeinflusst, insbesondere in Bezug auf Produktion und Inflation. Diese Auswirkungen variierten je nach Land und Wirtschaftsgruppe. Besonders auffällig waren die Unterschiede zwischen Industrieländern und Schwellenländern. Während erstere ihr vor der Pandemie erwartetes Produktionsniveau und die Inflation weitgehend erreicht haben, kämpften letztere mit langfristigen wirtschaftlichen Schäden, deutlichen Produktionseinbußen und anhaltend hoher Inflation. Zudem sind sie stärker von Rohstoffpreisschwankungen betroffen, wie sie nach der Invasion Russlands in die Ukraine auftraten.

Für das Jahr 2024 wird ein Rückgang der globalen Gesamtinflation auf 5,6% erwartet, nachdem sie im Jahr 2023 bei 6,8% lag. In vielen entwickelten Volkswirtschaften verlief der Rückgang der Inflation bislang ohne erhebliche negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich das Angebot schneller als erwartet erholt hat. Dazu trugen insbesondere der rasche Rückgang der Energiepreise sowie ein unerwartet starkes Wachstum des Arbeitskräfteangebots bei, das durch hohe Migration die Arbeitsmärkte entlastete.

### 2.1.2. Branchenspezifische Entwicklungen

Die globale Schifffahrtsindustrie verzeichnete ein starkes Jahr 2024. Das seeseitige Handelsvolumen wuchs um solide 2,1% auf 12,6 Mrd. Tonnen (2023: 12,4 Mrd.). Deutlich signifikanter war der Anstieg der zugrunde liegenden Tonnenmeilen um +5,9%, das größte Wachstum in der Nachfrage für Schiffstonnage seit 15 Jahren, insbesondere ausgelöst durch Disruptionen in den globalen Lieferketten wie das Umfahren des Roten Meeres aufgrund der Huthi-Attacken auf Schiffe und die Redistribution von russischen Öl-Transporten.

Daraus resultierend verzeichnete die Schifffahrtsindustrie ein starkes Ertragsumfeld mit hohen Charter- und Frachtraten. Der ClarkSea Index als Benchmark für Erlöse in den Hauptschiffssegmenten betrug durchschnittlich rund 25.000 USD pro Tag, +6% im Jahresvergleich und +30% im Zehnjahresvergleich.

Der Containerschiffmarkt erlebte seine stärksten Bedingungen außerhalb der Covid-19-Periode, mit Frachtpreisen, die um 149%, und Charraten, die um 48% gestiegen sind. Das Umleiten der Schiffe weg vom Roten Meer hat besonders dieses Segment im Asien-Europa-Verkehr betroffen. Das Segment der **Massengutschiffe** (Bulk Carrier) überraschte positiv und verzeichnete im Jahr 2024 ein Wachstum der Nachfrage um 3,2% (basierend auf tons cargo) bzw. 4,8% basierend auf Tonnenmeilen), insbesondere unterstützt durch chinesische Importe von Eisenerz und Kohle.

Die Tankerraten sanken leicht im Jahresvergleich, insbesondere zurückzuführen durch eine schwache globale Ölnachfrage im vierten Quartal. Dennoch lagen die durchschnittlichen Einnahmen für Tankschiffe im Jahr 2024 46% über dem Zehnjahresdurchschnitt und die Nachfrage nach Tonnenmeilen 11% über dem Niveau von 2022.

Das Segment der Gas Carrier verzeichnete einen weiteren Anstieg der Nachfrage um 2,1% (Tonnen) bzw. 8,3% (Tonnenmeilen), die Raten schwächten sich allerdings im Laufe des Jahres verglichen mit dem Rekordniveau des Vorjahres ab. Die Offshore-Öl- und Gasmärkte zeigten gemischte Trends, trotzdem stieg der diesbezügliche Index von Clarksons um 20% im Jahresvergleich, allerdings abflachend nach dem Sommer. Die Tagesraten für Schiffe und Mobile Offshore Units im Windenergiesektor stiegen um 30%. Der Kreuzfahrtsektor verzeichnete ein festes Wachstum (ein

Rekord von 35 Mio. Passagieren im Jahr 2024), während der Markt für Autotransporter von seinen Rekordhöhen zurückging.

Der **Neubaumarkt** zeigte sich im Jahr 2024 auf Rekordniveau an neu bestellten Schiffen. Zum 31. Dezember 2024 wurde ein globales Auftragsvolumen für Neubauten von 120.6 Millionen BRZ gemeldet. Damit markiert das Jahr 2024 das höchste Volumen von Neubaubestellungen seit 2007. Dabei verzeichneten alle Segmente eine hohe Aktivität, wobei Bestellungen für Containerschiffe den Neubaumarkt basierend auf Tonnage dominierten (41.6 mGT), gefolgt von Tankern, Massengutschiffen und Gas-Tanker.

### 3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

#### 3.1. Prognosebericht

##### 3.1.1. Allgemeiner Marktausblick

Das globale Wirtschaftswachstum wurde in dem WEO im Januar 2025 als stabil jedoch wenig dynamisch prognostiziert. Dieses Bild hat sich jedoch stark in dem WEO aus April 2025 geändert, nachdem Regierungen weltweit ihre politischen Prioritäten neu ordnen. Seit der Veröffentlichung des WEO-Updates im Januar 2025 wurden eine Reihe neuer Zollmaßnahmen der USA und Gegenmaßnahmen ihrer Handelspartner angekündigt und umgesetzt. Dies führte am 2. April zu nahezu universellen US-Zöllen, wodurch die effektiven Zollsätze auf ein Niveau stiegen, das seit einem Jahrhundert nicht mehr erreicht wurde. Diese Maßnahmen stellen einen erheblichen negativen Schock für das Wachstum dar. Die Unvorhersehbarkeit dieser Maßnahmen wirkt sich ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Aktivität und die Aussichten aus und erschwert es, Annahmen zu treffen, die als Grundlage für konsistente und zeitnahe Prognosen dienen könnten. Das globale Wirtschaftswachstum wurde in dem WEO April 2025 auf 2,8% von 3,3% im Januar WEO herunterkorrigiert, welches deutlich unter dem historischen Durchschnitt von 3,7 % aus den Jahren 2000–2019 liegt.

Die wirtschaftliche Zukunft ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Im Laufe des Jahres 2024 hat etwa die Hälfte der Weltbevölkerung neu gewählt. Daher könnten neue Regierungen zukünftig tiefgreifende Veränderungen in der Handels- und Finanzpolitik bewirken.

Nach der Korrektur der April Prognose wird das Wachstum der Industrieländer auf 1,4% in 2025 prognostiziert.

Hier ist die Veränderung in den USA besonders groß mit einem vorhergesagten Wirtschaftswachstum von 1,8%, welches eine Verlangsamung von 0,9% im Vergleich zu der Januar Prognose wäre.

Auch das Wachstum in der Eurozone wurde um 0,2% auf 0,8% nach unten korrigiert.

In den Schwellen- und Entwicklungsländern wird eine Verlangsamung auf 3,7% in 2025 und 3,9% in 2026 erwartet, mit deutlichen Herabstufungen von Ländern, die stark von den Zollmaßnahmen getroffen wurden. Zu den stark betroffenen Ländern zählt auch China.

Das IWF erwartet im April 2025, im Vergleich zu Januar, einen langsameren Rückgang der globalen Inflation mit 4,3% in 2025 und 3,6% in 2026. Hierbei wurde die Inflation in Industrieländern noch höher angesetzt, wohingegen die Inflation in Schwellenmärkten nach unten korrigiert wurde.

In der Eurozone wird ein moderater Anstieg des Wirtschaftswachstums erwartet, allerdings langsamer als noch in der Oktober-Prognose angenommen. Geopolitische Spannungen belasten weiterhin das wirtschaftliche Vertrauen. Eine schwächere Dynamik zum Jahresende 2024, insbesondere im Industriesektor, sowie eine zunehmende politische und wirtschaftspolitische Unsicherheit führten zu einer Abwärtskorrektur der Wachstumsprognose für 2025 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,0 %.

In den Schwellen- und Entwicklungsländern wird das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2025 voraussichtlich auf einem ähnlichen Niveau wie 2024 bleiben. In Indien wird ein solides Wachstum von 6,5% für beide Jahre erwartet – im Einklang mit den Prognosen aus dem Oktober und in Übereinstimmung mit dem langfristigen Wachstumspotenzial des Landes.

Was die chinesische Wirtschaft betrifft, so beziffert der IWF seine Wirtschaftsprognose für 2025 auf 4,6% und damit gleich zum Vorjahr (2024: 4,6%). Dies ist eine geringfügige Verbesserung um 0,1% zu der Prognose im Oktober 2024. Diese Anpassung zeigt, dass das im November angekündigte Fiskalpaket die negativen Auswirkungen erhöhter handelspolitischer Unsicherheiten und die Schwäche im Immobilienmarkt großteils ausgleicht.

In den Vereinigten Staaten wird ein Anstieg des Wachstums erwartet, der von 2,1 % im Jahr 2024 auf 2,7% im Jahr 2025 steigt, 0,5 Prozentpunkte höher als in der Oktober-Prognose. In den Vereinigten Staaten soll die Binnennachfrage stark bleiben, was auf positive Vermögenseffekte, eine weniger restriktive Geldpolitik und vorteilhafte Finanzierungsbedingungen zurückzuführen ist. Diese Anhebung ist teilweise auf anhaltende positive Impulse aus dem Jahr 2024 sowie auf eine robuste Arbeitsmarktlage und eine zunehmende Investitionstätigkeit zurückzuführen.

Der IWF erwartet, dass sich die globale Inflation auf 4,2% im Jahr 2025 abschwächen wird. In Kombination mit dem erwarteten Rückgang der Energiepreise dürfte die Gesamtinflation weiter in Richtung der Zielvorgaben der Zentralbanken sinken. Dennoch wird die Inflation in den USA im Jahr 2025 voraussichtlich nahe, aber leicht über dem 2%-Ziel liegen, während sich die Preissteigerungen in der Eurozone deutlich moderater entwickeln. In China wird eine anhaltend niedrige Inflation erwartet. Dadurch vergrößert sich die Differenz zwischen den prognostizierten Leitzinsen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern.

Der IWF erwartet einen Rückgang der Energiepreise von voraussichtlich 2,6% in 2025, stärker noch als in der Oktober Prognose angenommen. Dies ist auf einen Rückgang der Ölpreise zurückzuführen, der durch eine schwache Nachfrage aus China und ein starkes Angebot aus Nicht-OPEC+ -Ländern verursacht wurde.

Die Leitzinsen der großen Zentralbanken dürften weiter sinken, wenn auch in unterschiedlichem Tempo, abhängig von den jeweiligen Wachstums- und Inflationsaussichten. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Fiskalpolitik im Jahr 2025 restriktiver gestaltet wird, insbesondere in den entwickelten Volkswirtschaften wie den Vereinigten Staaten, während dieser Effekt in Schwellen- und Entwicklungsländern voraussichtlich weniger ausgeprägt sein wird.

Die Prognosen für das weltweite Handelsvolumen wurden für das Jahr 2025 leicht nach unten korrigiert. Grund dafür ist der starke Anstieg der handelspolitischen Unsicherheiten, der voraussichtlich insbesondere investitionsintensive Unternehmen mit hoher Handelsabhängigkeit belasten wird.

Das globale Wirtschaftswachstum bleibt zwar stabil, steht jedoch vor erheblichen Risiken. Handelskonflikte, geopolitische Spannungen, insbesondere im Nahen Osten und in der Ukraine, sowie Unsicherheiten in der Fiskal- und Geldpolitik könnten das Wachstum in den kommenden Jahren dämpfen. Während die Inflation sich den Zielvorgaben der Zentralbanken nähert, bleibt die geld-

politische Ausrichtung uneinheitlich – einige Volkswirtschaften könnten bald Zinssenkungen vornehmen, während andere an einer restriktiven Politik festhalten müssen. Die Fiskalpolitik wird in vielen entwickelten Volkswirtschaften zunehmend straffer ausgerichtet, um langfristige Schuldenstabilität zu gewährleisten. Gleichzeitig könnten protektionistische Maßnahmen die globalen Handelsströme belasten und Investitionen hemmen. Angesichts dieser Herausforderungen sind strukturpolitische Reformen, eine glaubwürdige Finanzpolitik sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit entscheidend, um Wachstum und wirtschaftliche Stabilität langfristig zu sichern.

### 3.1.2. Branchenspezifischer Ausblick

Der Ausblick für das kommende Jahr ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Unsicherheit geopolitischer und wirtschaftlicher Natur, unter anderem haben die aktuellen Handels-/Zollkonflikte einen großen Einfluss auf den weltweiten seeseitigen Handel. Es wird davon ausgegangen, dass die Störungen im Roten Meer und das Umleiten von Schiffen sich erst langsam im Laufe des Jahres auflösen und die Sanktionen gegen Russland anhalten werden.

In der aktuellen Prognose von Clarksons Research für das Jahr 2025 wird der **weltweite Seehandel** voraussichtlich um 1,1% wachsen nach einem Wachstum um 2,1% im Jahr 2023 (basierend auf Tons cargo). Analog wird das Wachstum in Tonnenmeilen auf nur 0,5% prognostiziert.

Der weltweite **Containerhandel** wird voraussichtlich um 2,7% in TEU im Gesamtjahr 2025 wachsen (+5,9% im Jahr 2024). Basierend auf TEU-Meilen könnte das Wachstum im Jahr 2024 sogar leicht negativ bei -0,2% liegen, wenn Schiffe wieder vermehrt das Rote Meer passieren können. Für 2025 wird ein Flottenwachstum von insgesamt 6% erwartet.

Für den Handel von **Massengütern** wird derzeit eine Abschwächung des Wachstums in 2025 prognostiziert, bei einem minimalen Anstieg von 0,1% in Tonnen und 0,3% in Tonnenmeilen, nach einem Wachstum von 3,2% im Jahr 2023 (basierend auf Tonnen). Für den Transport von Rohöl und Ölprodukten wird aktuell eine Steigerung von 1,6% in Tonnen erwartet, nachdem 2023 einen leichten Rückgang von -1,8% verzeichnete. Zeitgleich wird auf der Angebotsseite von einer Vergrößerung der Flottenkapazität von 3% bei Massengutschiffen und für 2,5% bei Rohöltankern ausgegangen.

Dennoch wird eine positive Stimmung auf dem Neubaumarkt erwartet, in dem Schiffseigner ihre Flotten-Erneuerungsprogramme fortführen, auch in Hinblick auf ökonomische Schiffsantriebe. Clarksons erwartet für das Jahr 2025 ein Volumen von Neubaufträgen in Höhe von rund 90 mGT.

### 3.1.3. Unternehmensleistung und -ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde mit einer Gesamtleistung auf Vorjahresniveau und einem leicht negativen bis leicht positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gerechnet. Während das Ziel „Gesamtleistung auf Vorjahresniveau“ erreicht wurde, wurde das Ziel eines leicht negativen bis leicht positiven Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich übertroffen.

Die Prognose für das Jahr 2024 basierte auf der alten Definition des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Das Ist-Ergebnis 2024 beträgt nach alter Definition 67,2 Mio. EUR, nach neuer Definition (EBITDA) 26,3 Mio. EUR. Die Prognose wurde somit auch nach neuer Definition deutlich übertroffen.

Aufgrund von Einmaleffekten aus Beteiligungsverkäufen innerhalb der Organschaft fielen die Gewinne aus Ergebnisabführungsverträgen mit 24,1 Mio. EUR Gewinnabführungen und

0,0 Mio. EUR Verlustübernahmen (i.Vj.: Gewinnabführungen 0,5 Mio. EUR und Verlustübernahmen 27,9 Mio. EUR) deutlich besser aus als erwartet. Darüber hinaus wurden mit Dividendenerträgen von 21,0 Mio. EUR die Planungen ebenfalls deutlich übertroffen. Auch die Zinsbelastung aufgrund der Pensionsverpflichtungen fiel um 4,0 Mio. EUR geringer aus als erwartet.

Das positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt im Berichtsjahr vor diesen Effekten bei 10,9 Mio. EUR und übertrifft die Erwartungen weiterhin. Ursache hierfür sind im Wesentlichen Verbesserungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 4,0 Mio. EUR.

Die globale Entwicklung ist auch 2025 sehr volatil und erheblichen Planungsunsicherheiten ausgesetzt. Die DNV SE erwartet für das Geschäftsjahr 2025 weiterhin ein schwieriges Umfeld, das von den Unsicherheiten aufgrund des Russland-Ukraine Kriegs und politischen Einflüssen geprägt ist.

Die DNV SE ist davon überzeugt, dass sich die positiven Sondereffekte aus Beteiligungen nicht wiederholen werden. Insgesamt wird für 2025 daher eine Gesamtleistung auf dem Niveau von 2024 sowie ein leicht positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit als Differenz zwischen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen, jedoch vor Abschreibungen, Finanz- und Beteiligungsergebnis und Steuern erwartet.

## **3.2. Risikobericht**

### **Risikomanagementsystem**

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der DNV-Gruppe integriert.

Die Risikoidentifikation erfolgt durch die verantwortlichen Manager der Geschäftseinheiten. Die Einordnung der konzernweit relevanten Risiken wird – unterstützt durch ein geschäftsbereichsübergreifendes Gremium (Risiko-Komitee) – zentral vorgenommen. Zur Identifikation und Nachverfolgung der notwendigen Gegenmaßnahmen wurden Risiko-Verantwortliche für alle Risiken benannt. In vierteljährlichen Risikoberichten wird der Vorstand über die aktuelle Risikosituation unterrichtet. Sollte sich die Risikolage entscheidend ändern, werden signifikante Einzelrisiken mit Hilfe einer Ad-hoc-Berichterstattung aufgezeigt.

### **Risikobericht**

Der DNV SE bieten sich durch ihre internationale Aufstellung und ihr breites Leistungsangebot vielfältige wirtschaftliche Chancen, aber auch unternehmerische und branchenspezifische Risiken. Diese Risiken betreffen insbesondere externe Einflüsse, das Marktumfeld, aber auch operative Risiken, die aus Kern- und Unterstützungsprozessen resultieren können. Die aktuelle weltweite Unsicherheit im Hinblick auf den Russland-Ukraine Krieg birgt auch weiterhin schwer zu quantifizierende moderate bis hohe Risiken im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Situation.

Um der Gewichtung der im Risikobericht aufgeführten weiteren Risiken Sorge zu tragen, wurden die Aspekte nachstehend in absteigender Reihenfolge, beginnend mit dem größten Risiko, dargestellt.

## **Compliance**

Unter Compliance-Risiken werden u. a. rechtliche Risiken, Risiken aus Verstößen gegen Compliance-Vorschriften und Risiken aus Verstößen gegen anwendbares Recht betrachtet. Die DNV Group hat eine Compliance-Organisation eingerichtet, die durch ein Compliance-Programm für Mitarbeiter diesen Risiken begegnet. Das Compliance-Programm der DNV Group wird stetig weiterentwickelt und den sich ändernden Anforderungen angepasst. Der Group Compliance-Officer berichtet an den Group CEO, das Board of Directors der DNV Group AS sowie an den Aufsichtsrat der DNV SE über den Aufbau und die Weiterentwicklung des Compliance-Programms für die ganze Gruppe sowie über Non-Compliance Fälle und Maßnahmen der DNV SE, die zur Aufklärung, Prävention und gegebenenfalls Sanktionierung ergriffen wurden.

Wesentliche Compliance-Einzelrisiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

## **Personalrisiken**

Durch Mitarbeiterfluktuation kann wichtiges Know-how verloren gehen. Daher binden wir unsere Fach- und Führungskräfte mit Fach- und Förderprogrammen, leistungsorientierten Vergütungssystemen und internationalen Entwicklungsperspektiven stärker an uns.

Risiken aus vorsätzlichen rechtswidrigen Handlungen einzelner Mitarbeiter sind nicht auszuschließen. Dem wird mit einer restriktiven Funktionstrennung sowie dem konzernweit geltenden DNV Management System und dem Verhaltenskodex entgegengewirkt. Möglichem Fehlverhalten wird konsequent nachgegangen.

## **Informationstechnische Risiken**

Laufend werden Vorkehrungen von hoher Priorität getroffen, die der Sicherheit der Informationssysteme dienen, um einen Systemausfall mit unter Umständen gravierenden Folgen für das gesamte Unternehmen zu vermeiden. Dieses Risiko wird durch diverse Sicherheitsmaßnahmen wie Zutrittskontrollsysteme, Notfallpläne und die unterbrechungsfreie Stromversorgung wichtiger Systeme sowie durch Datenspiegelungen minimiert. Gegen Datensicherheitsrisiken durch unberechtigte Zugriffe auf IT-Systeme werden u. a. Firewall Systeme und Virens Scanner sowie sogenannte Penetration Tests eingesetzt.

## **Risiken aus Investitionen**

Investitionsentscheidungen sind im Allgemeinen Entscheidungen unter Unsicherheit über Umweltfaktoren. Um diesem inhärenten Risiko zu begegnen, führt die DNV SE detaillierte Investitionsanalysen durch, bei denen Chancen und Risiken analysiert bzw. quantifiziert werden. Diese Quantifizierung erfolgt anhand von allgemein anerkannten Investitionsrechnungsverfahren wie Kapitalwert- oder Interner Zinsfußmethode.

## **Risiken aus Beteiligungen**

Als Beteiligungsrisiken werden bei der DNV SE die potenziellen Wertverluste aufgrund von Veräußerungsverlusten sowie die Reduktion von Buchwerten und stillen Reserven bezeichnet.

Sämtliche Unternehmensbeteiligungen werden kontinuierlich im Rahmen der laufenden zentralen und dezentralen Controllingaktivitäten gesteuert bzw. überwacht. Darüber hinaus werden die Beteiligungen systematisch von der zentralen Revisionsabteilung überprüft.

## Finanzwirtschaftliche Risiken

Für den Umgang mit finanzwirtschaftlichen Risiken bestehen detaillierte Richtlinien und Vorgaben. Im Geschäftsjahr wurden die bestehenden Konzernrichtlinien im Verbund mit der Konzernmuttergesellschaft DNV AS, Norwegen, angepasst. Der deutsche Teilkonzern DNV SE und seine Gruppengesellschaften verhalten sich in diesem Sinne als Teil des Gesamtkonzerns. Sämtliche Finanzprozesse im Treasury der DNV SE (und ihrer Tochtergesellschaften) wurden im Rahmen einer einheitlichen Konzernsteuerung in der Holdingfunktion „Group Treasury“ in den Standorten Hamburg und Høvik organisiert.

Währungsrisiken bestehen insbesondere aus operativen Ein- und Auszahlungen, die in einer anderen als der funktionalen Währung der DNV Group-Konzerngesellschaften abgeschlossen wurden, oder bei zukünftigen bilanziellen Fremdwährungspositionen. Diesen Risiken begegnet die DNV Group über den Abschluss von Derivaten zu Sicherungszwecken. Derivative Finanzinstrumente dürfen nicht zu spekulativen Zwecken eingesetzt werden. Geeignete Sicherungsgeschäfte (Devisentermingeschäfte, Devisenoptionen und Devisenswaps) werden durch die Abteilung Group Treasury der Konzernmuttergesellschaft DNV AS mit externen Kontrahenten gehandelt und überwacht. Der externe Handel mit Derivaten findet vereinzelt, falls vorteilhaft, auch im Namen der DNV SE statt. Alle Sicherungstransaktionen folgen den von Group Treasury gesetzten Richtlinien. Im Wesentlichen werden sogenannte Macro-Hedges auf Ebene der DNV AS zur Sicherung des Fremdwährungsportfolios und der Zahlungsflüsse der Gruppe abgeschlossen. Zum Berichtszeitpunkt bestanden keine Sicherungsgeschäfte auf Ebene der DNV SE.

Die jederzeitige Liquidität und Finanzierung werden ebenfalls durch Group Treasury sichergestellt. Im DNV Konzern besteht ein konzernweites Finanzberichtssystem zur Abbildung der Liquiditätssituation aller Konzerngesellschaften inklusive der DNV SE Tochtergesellschaften. Durch den Holding-Verbund mit dem DNV Konzern werden Liquiditätsüberschüsse als interne Finanzierungen an die Konzernmuttergesellschaft weitergereicht. Zur Dokumentation der konzerninternen Mittelbereitstellungen bestehen entsprechende Kreditvereinbarungen, die sich an dem Maßstab des Drittvergleichs orientieren.

Die Finanzierungspolitik des Konzerns ist auf eine langfristige Finanzplanung abgestimmt und wird zentral gesteuert. Ziel der Liquiditätssteuerung für alle Gesellschaften des Konzerns ist es, den Finanzbedarf innerhalb des Konzerns zu koordinieren und jederzeit zu gewährleisten.

Risiken aus Forderungsausfällen werden im Rahmen eines aktiven Forderungsmanagements gesteuert. Wesentliche Elemente hierbei sind eine sorgfältige Auswahl von Neukunden und eine Risikoeinschätzung des Kundenbestandes.

## Haftungsrisiken

Die internationale Ausrichtung der DNV SE bedingt die Beachtung einer Vielzahl nationaler Gesetze und Richtlinien. Rechtsstreitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung entstehen können, wird durch die frühzeitige Einbindung des Zentralbereichs „Group Legal“ sowie externer lokaler Rechtsberater begegnet. In dem Geschäftsbereich Energy erfolgt im Rahmen eines standardisierten Verfahrens zur Risikobewertung eine kontinuierliche Vorprüfung der vielfach durch den Kunden entworfenen Verträge.

Für eventuelle Schadensfälle und Haftungsrisiken aus den täglichen Geschäften werden Versicherungen wie z.B. Haftpflicht- und Sachversicherungen abgeschlossen, wenn dies möglich ist. Diese werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Für mögliche finanzielle Belastungen aus rechtlichen Risiken wurden wie in den vergangenen Jahren Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

## Rechtsstreitigkeiten

Etwaige Rechtsstreitigkeiten werden unmittelbar nach Kenntnis von der zentralen Rechtsabteilung bearbeitet. Sich daraus ergebende Risiken sind im Jahresabschluss durch die Bildung von Rückstellungen angemessen berücksichtigt.

Derzeit bestehen keine Rechtsstreitigkeiten, die von materieller Bedeutung für die DNV SE sind.

## Gesamtrisiko

Die Gesamtrisikosituation der DNV SE wird im Rahmen des Risikomanagements bewertet und gesteuert. Insgesamt hat die Beurteilung der gegenwärtigen Risikosituation ergeben, dass keine den Fortbestand gefährdenden Risiken bestehen und künftige bestandsgefährdende Risiken gegenwärtig nicht erkennbar sind.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts ist die weltweite Unsicherheit aufgrund des Russland-Ukraine Krieges ein beherrschendes Thema. Dies beinhaltet insbesondere auch die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage. Die Situation wird vom Management fortlaufend analysiert, um entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Belegschaft, der Kunden und der Gesellschaft einleiten zu können.

### 3.3. Chancenbericht

Um der Gewichtung der im Chancenbericht aufgeführten weiteren Chancen Sorge zu tragen, wurden die Aspekte nachstehend in absteigender Reihenfolge, beginnend mit der größten Chance, dargestellt.

Die Schifffahrt bleibt weiterhin das Rückgrat globaler Transportketten. Infolge der aktuellen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine Krieg und der damit zusammenhängenden Unsicherheiten in der globalen Wirtschaftsentwicklung ist der Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen von Fracht- und Charraten ungewiss. Es ist davon auszugehen, dass die maritime Branche weiterhin im Wandel bleiben wird, der klare „Survival-of-the-fittest“ Trend aus den vergangenen Jahren wird sich leicht abgeschwächt fortsetzen. Davon unangefochten wird weiterhin Bedarf an Schiffs-Neubauten zur Erneuerung der aktuellen Flotte bestehen, neue technische und regulatorische Anforderungen unterstützen dies.

DNV als Marktführer sieht sich weiterhin in der Rolle, diese Entwicklung mit seiner Expertise und seinem breiten Portfolio an Schiffstypen proaktiv zu gestalten. Zudem ist es der DNV Gruppe nach Einschätzung des Vorstands gelungen, ihre Führungsrolle im Bereich der Digitalisierung zu verfestigen und Kundenbindung und Reputation noch weiter zu verbessern. Drone Surveys, Electronic Certifications oder Smart Survey Bookings sind nur einige Innovationen, aufgrund derer die Gruppe Wettbewerbsvorteile sieht und somit Chancen, zusätzliches Ertragspotenzial zu generieren.

Auftragschancen für die DNV Gruppe sehen wir auch in der potentiellen Energiewende. Die Länder der Europäischen Union haben im Jahr 2020 zum ersten Mal mehr Strom aus erneuerbaren Energien als aus Kohle und Gas erzeugt. Richtwerte bieten die Ziele der Bundesregierung für 2030. Bis dahin soll 80 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien stammen, das wären rund 600 Terrawattstunden aus erneuerbaren Quellen.

### 3.4. Erklärung zur Umsetzung des Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Am 1. Mai 2015 trat das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in Kraft. Es sieht vor, dass der Aufsichtsrat einer börsennotierten oder der (nicht paritätischen) Mitbestimmung unterliegenden Gesellschaft für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand eine Zielgröße festzulegen hat. Der Vorstand einer solchen Gesellschaft hat seinerseits Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen. Liegt der Frauenanteil zur Zeit der Festlegungen von Vorstand und Aufsichtsrat unter 30 %, so dürfen die Zielgrößen den jeweils bereits erreichten Anteil nicht mehr unterschreiten. Gleichzeitig mit der Festlegung der Zielgrößen sind Fristen für deren Erreichung zu bestimmen, die nicht länger als fünf Jahre sein dürfen. Erstmals mussten die Zielgrößen bis spätestens 30. September 2015 festgesetzt werden mit einer Umsetzung bis zum 30. Juni 2017 (danach gilt eine 5-Jahresfrist zur Zielerreichung).

Vor dem Hintergrund des Gesetzes haben Aufsichtsrat und Vorstand der DNV SE die relevanten Leitungsebenen sowie Zielgrößen und Zieldaten für die Frauenförderung intensiv diskutiert und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

In Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung hat der Aufsichtsrat der DNV SE ursprünglich eine Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und Vorstand entsprechend dem zur Zeit der Beschlussfassung bestehenden Status quo, d. H. 22,2 % im Aufsichtsrat sowie 0 % im Vorstand, festgelegt. In der Aufsichtsratssitzung zum 30. Juni 2022 hat der Aufsichtsrat eine neue Zielquote sowohl für den Aufsichtsrat als auch den Vorstand von jeweils 33,3 % festgelegt. Diese Ziele sollen bis zum 30. Juni 2027 erfüllt werden. Zum 31. Dezember 2024 betrug der Frauenanteil im Aufsichtsrat 33 % und 25 % im Vorstand.

Der Vorstand hatte ursprünglich für die erste und zweite Management-Ebene unterhalb des Vorstands der DNV SE eine Zielgröße für den Frauenanteil entsprechend dem Status zur Zeit der Beschlussfassung bestehenden Status quo, d.h. jeweils 0 % auf der ersten und zweiten Management Ebene festgelegt. Mit Beschluss vom 17. November 2022 ist für die erste und zweite Management-Ebene unterhalb des Vorstands der DNV SE eine Zielgröße für den Frauenanteil von 18 % auf der ersten und 20 % auf der zweiten Management-Ebene festgelegt worden. Diese Ziele sollen bis zum 17. November 2027 erfüllt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich diese Zielgröße nach dem Anwendungsbereich des Gesetzes allein auf die DNV SE bezieht.

Mit Blick auf den gesamten DNV Konzern stellt sich der Frauenanteil in den obersten Management-Ebenen wie folgt dar (zu Informationszwecken):

Executive Committee	Maritime ELT	Energy Systems ELT	Bus. Ass. ELT	Dig. Solut. ELT	Supply Chain Product Assurance ELT	GSS ELT	Accelerator ELT	Veracity ELT
4/11 (36,4 %)	4/13 (30,8 %)	3/12 (25,0 %)	2/10 (20,0 %)	4/12 (33,3 %)	3/11 (27,3 %)	3/10 (30,0 %)	2/7 (28,6 %)	0/1 (0,0%)

### 3.5. Abhängigkeitsbericht

Nach § 17 Abs. 1 AktG besteht zum Bilanzstichtag ein Abhängigkeitsverhältnis zu den (mittelbar) mehrheitlich an der DNV SE beteiligten Unternehmen DNV AS, Norway, Høvik, NV Group AS, Norway, Høvik, Det Norske Veritas Holding AS, Norway, Høvik, sowie Stiftelsen Det Norske Veritas, Norway, Høvik (herrschende Unternehmen). Der Vorstand der DNV SE hat für den Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 daher einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG erstellt, der dem Aufsichtsrat und dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorgelegen hat. Der Bericht gemäß § 312 AktG schließt mit folgender Schlussklärung des Vorstands der DNV SE:

„Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft bei den aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die dem Vorstand zum Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Hamburg, den 13 Juni 2025

Der Vorstand

---

Dr. Björn-Olaf Borth

---

K. Ørbeck-Nilssen

---

T. Schramm

---

G. Heinacher-Lindemann

# Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

<b>Gründung</b>	<p>Die Gesellschaft wurde ursprünglich gegründet als Schiffsklassifikationsgesellschaft Germanischer Lloyd Aktiengesellschaft, Hamburg (AG Hamburg, HRB 31393). Die derzeitige Rechtsform einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) ist entstanden durch Umwandlung im Wege des Formwechsels gemäß Umwandlungsplan vom 9. November 2009 und des Beschlusses der Hauptversammlung vom 16. September 2010.</p> <p>Mit Beschluss vom 16. Januar 2014 wurde die Neufassung der Satzung beschlossen, insbesondere § 1 Abs. 1 (Firma). Die Eintragung erfolgte am 29. Januar 2014.</p> <p>Mit Beschluss vom 18. Dezember 2023 wurde der Name der Gesellschaft auf DNV SE umfirmiert.</p>
<b>Firma</b>	DNV SE
<b>Sitz</b>	Hamburg
<b>Gesellschaftsvertrag/Satzung</b>	Es gilt die Satzung in der Fassung vom 16. September 2010, zuletzt geändert durch Beschluss vom 18. Dezember 2023.
<b>Handelsregister</b>	Die DNV SE ist im Handelsregister von Hamburg unter HRB Nr. 115442 eingetragen. Der letzte uns vorliegende Handelsregistrauszug datiert vom 4. Februar 2025.
<b>Gegenstand</b>	<p>Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Klassifizierung von Schiffen, meerestechnischen Anlagen und Luftfahrzeugen, die diesem Zweck dienende Herausgabe von Registern und Vorschriften, die Prüfung sonstiger technischer Anlagen und Erzeugnisse, die Verbesserung der Sicherheit, des Umweltschutzes und der Effizienz in Schifffahrt, Meerestechnik und Luftfahrt sowie die Vornahme und Förderung von damit in Zusammenhang stehenden Versuchen und Forschungsarbeiten, deren Ergebnisse der Allgemeinheit zugutekommen. Die Gesellschaft betätigt sich damit als unabhängige technische Überwachungsorganisation. Gegenstand des Unternehmens ist zum anderen die Beratung von Eigentümern, Betreibern und Herstellern von technischen Anlagen und Erzeugnissen. Gegenstand des Unternehmens ist schließlich die System- und Produktzertifizierung sowie Validierung, Verifizierung und Zertifizierung von Projekten aller Art einschließlich von Emissionsminderungsprojekten.</p>
<b>Geschäftsjahr</b>	Kalenderjahr
<b>Grundkapital</b>	<p>Das Grundkapital beträgt zum Bilanzstichtag EUR 10.000.000,00. Es ist in 100.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Es handelt sich um Namensaktien, deren Übertragung nur mit Zustimmung der Gesellschaft erfolgen kann.</p> <p>Alleiniger Anteilseigner zum 31. Dezember 2024 ist die DNV AS, Høvik/Norwegen.</p>

<b>Gewinnverteilung</b>	<p>Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des sich aus dem festgestellten Jahresabschluss ergebenden Bilanzgewinns.</p> <p>Die Hauptversammlung kann neben oder anstelle einer Barausschüttung eine Ausschüttung von Sachwerten beschließen.</p>
<b>Vorjahresabschluss</b>	<p>In der Hauptversammlung am 28. Juni 2024 ist</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>(1) der von dem Vorstand aufgestellte und vom Aufsichtsrat gebilligte, von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 nebst Lagebericht und dem Bericht des Aufsichtsrats vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden;</li> <li>(2) den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt worden;</li> <li>(3) den Mitgliedern des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung erteilt worden;</li> <li>(4) die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 gewählt worden.</li> </ol>
<b>Größe der Gesellschaft</b>	<p>Die Gesellschaft ist im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft.</p>
<b>Verbundene Unternehmen</b>	<p>Als mit der Gesellschaft verbundene Unternehmen gelten alle Tochtergesellschaften der DNV Group AS (vormals firmierend: DNV GL Group AS), Høvik/Norwegen. Diese stellt einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die DNV SE auf.</p>
<b>Weitere Unternehmensverträge</b>	<p><b>Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH, Hamburg (im Folgenden „GLIS“)</b></p> <p>Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der GLIS vom 7. September 2009. Die Zustimmung durch die Hauptversammlung der DNV SE erfolgte am 30. September 2009. Die Gesellschafterversammlung der GLIS hat dem Vertrag am 4. November 2009 zugestimmt. Die Eintragung in das Handelsregister der GLIS erfolgte am 23. November 2009. Der Vertrag wurde für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und fand erstmals auf das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr Anwendung. Der Vertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2024 gekündigt.</p>

---

**Weitere Unternehmens-  
verträge  
(Fortsetzung)**

**Elbe Holding GmbH, Hamburg (im Folgenden „Elbe Holding“)**

Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Elbe Holding vom 7. September 2009. Die Zustimmung durch die Hauptversammlung der DNV SE erfolgte am 30. September 2009. Die Gesellschafterversammlung der Elbe Holding hat dem Vertrag am 4. November 2009 zugestimmt. Die Eintragung in das Handelsregister der Elbe Holding erfolgte am 20. November 2009. Der Vertrag wurde für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und fand erstmals auf das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr Anwendung. Der Vertrag verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht einen Monat vor seinem ersten Beendigungstermin und danach jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres schriftlich gekündigt wird.

**DNV Energy Systems GmbH (bis zum 12. Juni 2023: GL Garrad Hassan Deutschland GmbH (im Folgenden „GL GH“), Kaiser-Wilhelm-Koog), Hamburg (im Folgenden „DNV Energy“)**

Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der DNV Energy vom 20. Dezember 2010. Die Zustimmung durch die Hauptversammlung der DNV GL SE erfolgte am 20. Dezember 2010. Die Gesellschafterversammlung der GL GH hat dem Vertrag am 20. Dezember 2010 zugestimmt. Die Eintragung in das Handelsregister der GL GH erfolgte am 27. Dezember 2010. Der Vertrag wurde für die Dauer von sechs Jahren abgeschlossen und fand erstmals auf das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr Anwendung. Der Vertrag verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht einen Monat vor seinem ersten Beendigungstermin und danach jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres schriftlich gekündigt wird.

**DNV Renewables Certification GmbH, Hamburg (im Folgenden „DNV Renewables Certification“)**

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DNV Renewables Certification vom 29. September 2016. Die Zustimmung durch die Hauptversammlung der DNV GL SE erfolgte am 29. September 2016. Die Gesellschafterversammlung der DNV Renewables Certification hat dem Vertrag am 29. September 2016 zugestimmt. Die Eintragung in das Handelsregister der DNV Renewables Certification erfolgte am 11. Oktober 2016. Der Vertrag gilt unbefristet und findet erstmals auf das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr Anwendung. Er kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten, frühestens fünf Zeitjahre nach Beginn des Geschäftsjahres, in dem er wirksam wurde, zum Ende des Geschäftsjahres der DNV Renewables Certification ordentlich gekündigt werden.

---

<b>Weitere Unternehmensverträge (Fortsetzung)</b>	<b>DNV Maritime Software GmbH, Rostock (vormals: GL Maritime Software GmbH; im Folgenden „Maritime Software“)</b> Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Maritime Software vom 14. Dezember 2016. Die Zustimmung durch die Hauptversammlung der DNV GL SE erfolgte am 14. Dezember 2016. Die Gesellschafterversammlung der Maritime Software hat dem Vertrag am 14. Dezember 2016 zugestimmt. Die Eintragung in das Handelsregister der Maritime Software erfolgte am 20. Dezember 2016. Der Vertrag gilt unbefristet und findet erstmals auf das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr Anwendung. Der Vertrag kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten, frühestens jedoch nach fünf Zeitjahren, nach Beginn des Geschäftsjahres, in dem er wirksam wurde, und nur zum Ende des Geschäftsjahres der Maritime Software ordentlich gekündigt werden.
<b>Aufsichtsrat</b>	Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt. Von den sechs Mitgliedern sind zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer nach Maßgabe des Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft (SE-Beteiligungsgesetz – SEBG) zu bestellen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.
<b>Geschäftsführung</b>	Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrat kann allen oder einzelnen Vorstandsmitgliedern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Die Vorstandsmitglieder sind jeweils vom Verbot der Mehrfachvertretung gemäß § 181, 2. Fall BGB befreit. Die Mitglieder des Vorstands sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.
<b>Steuerliche Verhältnisse</b>	Die DNV SE wird beim Finanzamt Hamburg-Mitte geführt. Die Veranlagung der Körperschaft- und Gewerbesteuer ist bis einschließlich 2020 erfolgt. Mit den folgenden Gesellschaften besteht eine ertragsteuerliche Organschaft: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Germanischer Lloyd Industrial Services GmbH, Hamburg</li> <li>• Elbe Holding GmbH, Hamburg</li> <li>• DNV Renewables Certification GmbH, Hamburg</li> <li>• DNV Energy Systems GmbH, Hamburg</li> <li>• DNV Maritime Software GmbH, Rostock</li> </ul> Die letzte allgemeine steuerliche Außenprüfung (Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer) fand im Jahre 2023 für die Veranlagungszeiträume 2015 bis 2017 statt. Die Auswirkungen der Betriebsprüfung wurden im Jahresabschluss 2023 berücksichtigt.

# **Anlage 3**

## **Allgemeine Auftrags- bedingungen**



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

### 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

### 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

### 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

### 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbelegungsgesetzes teilzunehmen.

### 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.